

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,50 M., bei weiteren Postbezugs monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Streifenband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Post 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Postamt 1000 bis 1009, Postfach 1000 bis 1009, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 13 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Ordnungsterror in Ungarn.

Häufig und Heftig.

Moralische Vermirrung und politische Unfähigkeit“ weiter Schichten des deutschen Volkes habe der Erberger-Prozess offenbar, urteilte jüngst die „Frankfurter Zeitung“. Das ist noch milde ausgedrückt. In Wirklichkeit zeigt der Prozess, wie ungeheuer stark die politische Reaktion auch heute noch in Deutschland ist und wie niedrig der Stand der politischen Moral.

Vor dem Kriege war das deutsche politische System das reaktionärste der Welt. In keinem anderen Lande war die Gewaltideologie so sehr die herrschende, war die Ueberzeugung, daß die Politik nur ein Mittel sei zur Behauptung der Macht und des Reichtums der herrschenden Kastei. So sehr die ausschlaggebende wie in Deutschland. Jeder ideale Gehalt war allmählich aus der Politik geschwunden. Der deutsche Nationalismus hatte nicht gar keinen anderen Inhalt mehr, als die Sucht nach neuen Ausbeutungsfeldern und Anlageländern des Kapitals. Das einzige allgemeine Interesse der Nation zu profilieren. Alle Bestrebungen, die diesen nach materiellen Interessen entgegen standen, waren verpönt und verhöhnt. Die deutschen Intellektuellen, soweit sie sich überhaupt um Politik kümmerten und nicht nur ihre Karriereinteressen verfolgten, waren die willfährigen Kunden und Advokaten der herrschenden Politik.

Das dieses System so gefährlich machte, war, daß es allmählich auch weite Kreise der Beherrschten in den Völkern seiner Ideologie gezogen hatte. Auch erhebliche Teile der Arbeiterklasse waren trotz aller Gegenwirkung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie immer mehr von jenem reformistischen Geist erfüllt, der die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Befriedigung ihrer materiellen Interessen, der Besserung der Lebenslage hinlenkte und das sozialistische Ideal verdrängte.

In dem deutschen politischen System war Politik und Geschäft nicht nur miteinander verknüpft, sondern die ganze Politik war wesentlich Förderung des Geschäfts. Die herrschende konservative Allianz vertrat ganz unverhüllt vor allem die Erhöhung der Grundrente und die Interessen der herrschenden Militär- und Beamtenkastei, die sie aus ihren Händen fast restlos bezieht. Die bürgerlichen Parteien trieben ihre Politik zur Erhöhung des Kapitalgewinns, während das Zentrum, von anderen geschichtlichen Ueberlieferungen herkommend, alle Klassen im Rahmen der katholischen Ideologie zu vereinen und durch ausgleichende Befriedigung ihrer verschiedenen Interessen innerhalb einer einzigen Partei festzuhalten verstand. Der glänzende ökonomische Aufschwung Deutschlands erleichterte diese Aufgabe.

Diese Politik trug den herrschenden Klassen reiche Früchte, namentlich seitdem sich das Junkertum mit der Schwerindustrie unter den Auspizien der Bismarckschen Schutzpolitik verbündet hatte. Auf Milliarden lassen sich die Gewinne berechnen, die diesen Klassen zugeflossen sind durch die von ihnen beherrschte staatliche Wirtschaftspolitik, durch die Rolle, die die Begünstigten der Kartelle und Trusts, durch die Steuerpolitik. Für die Arbeiterklasse hielten ebenfalls Projekte ab, die besonders seit der stürmischen Aufwärtsentwicklung, die in der Mitte der neunziger Jahre eintrat und bis zum Kriege anhielt etwas reichlicher waren und die reformistische Strömung begünstigte.

Die gesamte Staatsverwaltung diente dieser Politik des Geschäfts. Beamter wurde ja nur, wer ganz und gar in den Anschauungen der ökonomisch-herrschenden Klasse besungen war. Beamtenpflicht und Pflicht zur Förderung der Interessen der herrschenden Klassen waren so eins. Und weil dem so war, weil die Interessen der Grundbesitzer und Kapitalisten der Förderung durch die Staatsverwaltung gewiß waren, spielte die individuelle Korruption, das Mobilmachen einzelner einflußreicher Beamter für die Interessen einzelner Kapitalisten, eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle. Es war nicht nötig, weil in das Kollektivinteresse der Klasse ohne die herrschende Staatsinteressen vor und es war schädlich, weil es die Gleichmäßigkeit der Konkurrenzbedingungen der Kapitalisten untereinander verlor hätte, wenn einzelne sich besondere Vorteile verschaffen konnten.

Das ist doch natürlich nicht aus, daß besonders mächtige Interessenten sich direkt der Unterstützung der Regierung er-

Die Selbstherrlichkeit der Soldateska.

H.N. Budapest, 2. März.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung machte der Präsident Mitteilung über eine schwere Verletzung der Immunität der Nationalversammlung. Während der gestrigen Sitzung wurde das Parlamentsgebäude von Soldaten eingeschlossen. Es geschah, daß ein Abgeordneter und sogar ein anderer Minister nicht in das Abgeordnetenhaus gelangen konnten. Als sich der betreffende Minister (es war der Finanzminister) besaherte, bekam er von einem Offizier die Antwort, daß er Gefecht erhalten habe, keinen Menschen, auch nicht den Ministerpräsidenten, in das Parlamentsgebäude einzulassen.

Durch diesen Vorfall, sagte der Präsident der Nationalversammlung, erscheint die Immunität, die Unabhängigkeit des Parlaments und die Freiheit seiner Verhandlungen aufs schwerste verletzt. Der Präsident beantragte, daß das Abgeordnetenhaus eine exemplarische Bestrafung verlange. Der Rektor des Abgeordnetenhauses teilte mit, daß zu der vorgestrigen Sitzung 15 Offiziere die Erlaubnis erteilt wurde, sich in dem Parlamentsgebäude aufzuhalten. Es seien aber 150 Offiziere ohne Erlaubnis erschienen. Es wurde auf Ersuchen von 20 Abgeordneten eine geschlossene Sitzung anberaumt.

In den Spuren der Liebknecht-Mörder.

Der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Budapest gemeldet:

Mit jedem Tage wird es handgreiflicher, daß die, die Somogyi und Paezo ermordet haben, von der ungarischen Behörde nicht festgenommen und nicht bestraft werden. In dem Augenblick, da die Behörden die Namen und Eigenschaft der Mörder fest gestellt haben, setzte das Versteckungsnetz ein und den Mäthern ist es in Budapest schon unmöglich gemacht, über den Mord irgend etwas zu schreiben. In Budapest wird ganz offen darüber gesprochen, daß die beiden sozialdemokratischen Redakteure von einer Gruppe ermordet wurden, in welcher die berüchtigten weißen Terroristen: Baron Bronah, Jean Hejjas, Hauptmann Wibo die Führung innehaben. Das Militärautomobil, das zum Mord gebraucht wurde, kam aus Reckemet und verließ in der Richtung nach Reckemet Freitag nachmittag Budapest.

Wir möchten die Aufmerksamkeit der ungarischen Behörden auf folgende Tatsachen lenken: In der Nacht vor der Ermordung des sozialdemokratischen Redakteurs erschienen in einer Automobilgarage in der Ragn Jánosgasse einige Offiziere, unter ihnen der Baron Bronah, und forderten die Herausgabe eines einzigen Häftling Benzin. Der Garagenmeister verweigerte die Herausgabe, wurde aber mit gezogenem Revolver zur Auslieferung gezwungen. Es wurde bei Horvath die Anzeige erstattet, er ließ sich für seine Offiziere entschuldigen und veranlaßte, daß das Kriegsministerium das Benzin zurückerstattete. Es ist sehr

wahrscheinlich, daß das Benzin zu den Mordfahrten benötigt wurde. Es sollte nicht allzu schwer fallen, festzustellen, zu welchem Zwecke sich der Baron Bronah so dringend das Benzin verschaffen mußte!

Aus den ersten Berichten, die die damals noch etwas kopflos und ihre Haltung verlorene Jenjur passieren konnten, kann folgendes festgestellt werden: Das Automobil wurde unweit der Sella, wo die Morde verübt wurden, von drei Schutzleuten angehalten; die Wache schrieen die Nummer des Automobils auf und forderten die Insassen zur Auswechslung auf; drei von ihnen wiesen Legitimationen vor. Der Kraftwagen lehrte, besetzt von der Todesfahrt, in die Garage in der Notendillerstraße zurück; am anderen Tage wurde ein Sprengler gerufen, der den Wagen reparierte — und an dem Tage, als der Ministerpräsident Huszar in der Nationalversammlung erklärte, daß die Täter gehängt werden, verließ das Automobil mit den Mördern ungeschädelt Budapest! Als der Wagen und die Täter weggeschafft wurden, übernahm die Militärverwaltung des Herrn Horvath die Weiterführung der Untersuchung — mit dem Erfolg, daß nun erklärt wird, es wird noch den Mördern im ganzen Lande gefahndet! Sie werden die Mörder nicht finden!

Der Terror nimmt seit der Ermordung von Somogyi abnehmend zu. Seitdem die Terroristen merken, daß sie auch diese Ungeheuerlichkeit straflos begehen konnten, treten sie überall brutal und selbstherrlich auf. Sie veranstalten jetzt eine fürnliche Hetze auf die gewesenen Mitglieder des Galilei-Klubs, einer radikalen Hochschülervereingung, und alle seine verflochtenen Mitglieder werden jetzt aufgespürt und in den Kerker geworfen.

Wie sie es jetzt machen, dafür noch ein anderes Beispiel. Als nach der Ermordung von Somogyi ein bis zwei Tage die Fingel der Zensur etwas gelockert waren, berichtete die redselig gewordene Budapest Presse, daß die Journalisten Desider Major und Josef Palasfa und der Szegediner Ingenieur Stephan Müller im Speisesaal des Hotels Britannia einen Wortwechsel mit drei Offizieren hatten und dann spurlos verschwunden sind. Nach zwei Tagen kam die Meldung, daß man die drei Vermissten in Militärgefangenschaft aufgefunden hat, nachdem aber sie nicht der militärischen Gerichtsbarkeit unterworfen, der Staatsanwaltschaft übergeben hat. Am folgenden Tage erschien die Nachricht in den Blättern, daß der Ingenieur Stephan Müller in Budapest gestorben ist! Es ist mit der größten Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Terroristen ihn erschlagen haben.

Allgemeiner Streik in Mailand.

H.N. Mailand, 2. März.

Anläßlich einer Demonstration von entlassenen Soldaten erschloß die Polizei zwei Bürger. Daraufhin wurde ein allgemeiner Streik von 24 Stunden angefangt. Die Arbeit ist überall niedergelegt worden.

freien konnten, und insbesondere bei der Vergebung von Konzessionen in den Kolonien waren die Verbindungen, die einzelne mächtige Kreise mit der Regierung hatten, oft von ausschlaggebender Bedeutung.

Herr Helfferich ist der typische Repräsentant dieses alten Systems. In jeder Beziehung zunächst ist er ein klassischer Vertreter jener Gewinnlosigkeit und jenes Strebertums, das so weite Schichten der Intellektuellen zerrissen hat. Er begann als Privatdozent und Beamter. Damals war er noch Demokrat und Mitarbeiter der „Nation“, deren Herausgeber Theodor Barth gewesen ist, einer der ganz wenigen politischen Idealisten Deutschlands. Damals schrieb er noch gegen Junkertum und Nationalismus. Aber als Beamter erhielt er Beziehungen zu den führenden kapitalistischen Kreisen. Herr Helfferich gab die wenig eintägige Arbeit im Dienste der Wissenschaft und gab die Tätigkeit für das Gemeinwohl als Beamter auf. In die Dienste der Gewinn. Und so trat er in die Dienste der Deutschen Bank und machte die erste Karriere. Aus dem mittleren Streber wurde allmählich einer der großen Repräsentanten der Verbindung von Geschäft und Politik. Die Deutsche Bank war die Erbin der Bagdadbahn, und was für die Deutsche Bank Geschäft, das wurde als Bagdadbahn-Politik bald zur wesentlichen Grundlage des deutschen Imperialismus. Die Bagdadbahn-Politik hat nicht zuletzt zu dem Verhängnis Deutschlands beigetragen. Sie ist und verbleibt fortwährend den

Gegensatz zwischen Deutschland und England. Sie wurde allmählich zur westpolitischen Gefahr, aber sie blieb ein wichtiges ökonomisches Interesse der Deutschen Bank. Ihr Direktor, Herr Helfferich, der einstige Mitarbeiter Barths, war jetzt bei den Parteien, die die Träger des deutschen Imperialismus waren, war national und militaristisch geworden.

Gewinnliches Interesse und politische Gesinnung deckten sich vollkommen. Dann kam der Krieg. Der Krieg des Imperialismus, der Krieg, der die Verbindung Berlin-Bagdad verwirklichen sollte. Der ehemalige Beamte, der es in Geschäft und Politik schon so weit gebracht hatte, übernahm jetzt selbst die politische Exekutive für die Geschäfte, für die er als Bankdirektor gewirkt hatte. Als Finanzminister verbanderte er eine Steuerpolitik, die uns wenigstens vor dem Ärgsten bewahrt hätte. Um nicht die Durchholleistung der Kapitalisten durch direkte Steuern zu verhindern. Als Politiker war er der verläßliche Verbündete der Obersten Exekutive, der Hauptschuldige an dem Wahnsinn des U-Boot-Kriegs und der Vereitelung aller rechtzeitigen Friedensbemühungen. In dem maßlosen Bestreben, mit den Mitteln militärischer Gewalt dem deutschen Kapital eine bevorzugte Stellung auf dem Weltmarkt zu verschaffen, das deutsche politische System im

Innen zu führen, seinen Leuten erdichten Einflüsse, neue Herrschaftsverhältnisse zu schaffen, daran ist Deutschland zu Grunde gegangen. Helfferich war der rücksichtslose und unpopulärste Vertreter dieses Strebens, er war ein Verderber Deutschlands. Seine Dreizwingigkeit von Geschäft, Politik und Gewalt, die das deutsche System gewesen ist, sie fand in diesen energischen Streber eine vollendete Verfeinerung.

Und dieser Verderber Deutschlands kann es jetzt wagen, sich als ein Reiter auszugeben und als Anführer aufzutreten! Doch er das kann, beweist nur das eine, daß große Teile des deutschen Volkes aus dem Kriege nicht das Beste gelernt und nur noch reaktionärer geworden sind als sie vorher waren. Sie glauben noch immer, daß der Zusammenbruch dieses Systems etwas vorübergehendes sein kann und daß es wieder aufgehoben werden wird. Und deshalb jubeln sie diesem Helfferich zu, als hätte es nie einen Zusammenbruch gegeben!

Und deshalb freuen sie sich, wenn ein Helfferich Herr Erberger beschimpft.

Wir haben Erberger bekämpft seit dem ersten Tage der Revolution, weil wir der Meinung waren, daß die neue Zeit mit allen Männern des alten Regimes Schluss machen müsse. Warum bekämpft aber Herr Helfferich diesen Mann?

Herr Erberger hat aus kleinen Anfängen heraus sich zu einer parlamentarischen Stellung von einiger Bedeutung heraufgearbeitet. In diesem einflusslosen Parlament, dem der Wille zur Macht fehlte, war er einer der ganz wenigen, die bei der herrschenden Bureaukratie einen gewissen Respekt genossen. Den hatte er sich durch emsige Bindungen in die Geheimnisse der verschiedensten Verwaltungszweige mühsam erworben. Er kannte all die kleinen Kräfte und Winkelzüge, mit denen die Regierenden gern den Reichstag und die Öffentlichkeit täuschten, wo ihnen die Kritik unheimlich erschien. Herr Erberger aber wußte immer etwas. Er wußte aber auch zur rechten Zeit zu reden und zur rechten Zeit zu schweigen. Und so wurde er schließlich ein einflussreicher Parlamentarier, dem die Regierung sehr gerne jene kleinen Gefälligkeiten erwies, die die Freundschaft erhalten. Herr Erberger bekam Einkauf und nun drängten sich an den armen Teufel all die Leute heran, die gerne für ihr Geschäft auch politischen Einfluß gebrauchten. Herr Erberger protektierte und wo ihm für diese Protektion auch materielle Vorteile in Aussicht gestellt wurden, sah er darin nicht gerade ein Hindernis für seine fördernde Tätigkeit. Er schrieb Briefe und Empfehlungen und die unbescheidenen Minister des alten Regimes erfüllten seine Wünsche, da er doch ein einflussreicher Parlamentarier war. Korruption gewiß, aber die weitaus größere doch bei den hochmütigen Ministern als bei dem kleinen Parlamentarier.

So sammelte sich Herr Erberger als Hebel in dem politischen Korpsen und er bekam etwas mehr Happen als andere die nicht minder eifrig, aber mit weniger Erfolg, Aufsichtsratsstellen zu sammeln strebten. Erbergers Tätigkeit wurde besonders eifrig, als der Krieg für alle Geschäfte eine glänzende Konjunktur schuf, und für die zahlreichen neuen Erwerb- und Hilfsstoff-Verfahren die Gunst der Regierung entscheidend wurde. Dazu gleicher Zeit die parlamentarische Kritik noch unbedeutender wurde, da die kaiserlichen Minister dieser Verquickung von Geschäft und Politik keinen Widerstand leisteten, wurde Erbergers Protektion immer geflüsterter, immer häufiger und ertagreicher.

Erberger aber hatte nicht nur wie Helfferich Geld- und Geschäftsinteresse, er war trotz alledem Politiker und hat seine politische Tätigkeit nicht als ein Bekämpfer und Bekämpfter ausgeübt. Gewiß, Herr Erberger war nichts weniger als ein Pazifist oder ein Gegner von Annexionen. Jemande feste Gesinnung wird man bei diesen Zentrumskämpfern vergebens suchen. Aber als er sah, daß die von der Regierung und der Obersten Heeresleitung verkündete Siegesgewißheit zuerst Verblöndung und später bewußte Lüge war, hatte er genug Verstand und Energie, um dieser Politik entgegenzutreten. Während die Ehre und Danks bei Herrn Weismann-Gollmer ihre angestrebten Vorstellungen erdoben, um sich schließlich immer wieder von ihm beredenen zu lassen, während sie bis zuletzt auf diesen Klügel, solchen Bauderer schwuren, holte Erberger zum Schlag aus und beseitigte ohne viel Federlesens, ohne vorherige Genehmigung der Obersten Heeresleitung, ja ohne Deckung durch seine eigene Partei, das Drogengetriebe und den Planer.

Unter allen diesen Wamulufen, von den Rechtssozialisten bis zu den Nationalliberalen, in diesen Mäusen von Gesinnungslosigkeit und Feigheit, da wirkte Erberger beinahe noch immer wie ein Mann. Und deshalb hat ihn, Helfferich und die ganze Clique mit ihrem wütenden Haß verfolgt, in jenem elenden Vorkriegertum, das wirklich nur die moralisch verirrte deutsche Öffentlichkeit ertragen kann. Sie hassen Erberger nicht, um deren willen sie ihn anlagern, um jener kleinen Geldgeschäfte willen, die in dem bürgerlichen Milieu Deutschlands ganz und gäbe sind, und die momentlich im Kriege in eine ganz außerordentliche große Beamtenskorruption ausgeartet sind. Sie hassen ihn, weil er ein Abtrünniger ist, der die Annexionspolitik ausgab, als er ihre Undurchführbarkeit erklärte. Und sie hassen ihn, weil er als Finanzminister Steuergesetze gemacht hat, die die Besitzenden einermachen zu den Kosten heranziehen. Sie wissen sehr wohl, daß das, was an diesen Steuergesetzen technisch verfaßt ist, vom weniger zur Last fällt als der Unfähigkeit und Unwilligkeit der Beamten im Finanzministerium, und vor allem der infamen Sabotage, die die Herren Schiffer und Dernburg, darin würdige Nachfolger Helfferichs, gegen eine energische Finanzpolitik getrieben haben. Deswegen haben sie aus Rachsucht und Haß diesen Mann erledigt, mit Antigen, mit Spionage, korrupter Beamteneitelikeit und Mordanschlag.

Und sie haben in ihm allerdings auch diese Regierung getroffen, in der, auch das muß gesagt werden, Erberger der einzige politische Kopf und die einzige politische Energie gewesen ist, der auch moralisch sich noch immer mit den anderen messen kann. Denn Erberger hat nicht, wie die Rechtssozialisten, in der Regierung eine Idee und Zweck verraten. Er hatte nichts zu verraten, denn er vertrat in der Politik kein Ideal und er trug keine Gesinnung zur Schau, die er preisgeben hätte. Er war immer nur ein Kowalier, ein geschickter Opportunist, der im politischen Tagesgeschäft nach dem Erfolg suchte, aber auch zugleich stark genug, um mit dem persönlichen Ziel zugleich das allgemeine

zu erreichen. Das hat für seine Partei und für das Allgemeininteresse, wie er es auffasste, im gegebenen Moment erstrebenswert und erreichbar seien.

Erberger ist gewiß, alles in allem genommen, eine wenig erregende Erscheinung. Aber die Gründe seiner Beseitigung sind nicht seine persönlichen Fehler und Vorker, sondern seine politischen Vorzüge, die allerdings nur in dem entscheidendsten politischen Milieu Deutschlands als solche zur Geltung kommen können. Und wenn die Regierung durch den Sturz Erbergers in Willkürlichkeit gezogen ist, so ist auch das wieder nur ein Spiegelbild dieser deutschen politischen Kammerlichkeit, innerhalb der eine Figur wie die des strebenden Schulmeisters aus Bubenhausen zu einer politischen Größe emporschauen konnte, zu dem maßgebenden politischen Führer in des deutschen Volkes schwersten Schicksalsstunden!

Das Schlachtfeld.

Gestern wurde im Prozeß Erberger-Helfferich nach 21 Verhandlungstagen die Beweisaufnahme geschlossen. Der Oberstaatsanwalt Krause hielt sein Plädoyer. Er beschuldigte sich mit dem gegen Erberger erhobenen Vorwurf, daß er seine politische Tätigkeit mit privaten Zwecken verknüpft habe und ging alle Fälle, die im Verlauf des Prozesses auf breiterem Fuß erörtert wurden, der Reihe nach durch. Wie in der Beweisaufnahme, so schnitt auch Erberger in dem Plädoyer des Staatsanwalts in der denkbar schlechtesten Weise ab. Der Staatsanwalt hielt in allen wesentlichen Punkten den Nachweis der Vermischung politischer und finanzieller Geschäfte für erbracht, nur in einigen nebensächlichen Punkten sei dem Angeklagten die Beweisführung nicht gelungen.

Die Anklage des Oberstaatsanwalts richtete sich ausschließlich gegen — Erberger. Er fand kein Wort der Beurteilung für die von Helfferich gehandhabten Methoden, kein Wort zur Bloßstellung der Motive, die Helfferich befehlte, als er seine Attäde gegen Erberger ritt. Daß diese Motive nicht edler Natur waren, sondern lediglich dem nationalpolitischen Parteigeist entsprungen sind, braucht hier nicht gesagt zu werden, da wir immer wieder betont haben, daß Helfferich und sein Kreis bei ihrem Sturm auf gegen Erberger nicht von dem Gedanken ausgingen, unser politisches Leben zu säubern, sondern um einen Gegner loszuwerden, der es gewagt hatte, die nationalpolitische Politik zu durchkreuzen.

Leitfäden für den Wiederaufbau Europas.

Paris, 2. März
Vertizung mehrt dem „Echo de Paris“ aus London, die wirtschaftliche Unterlage des Obersten Rates habe Leitfäden aufgestellt für die wirtschaftliche Wiederaufbau Europas. In diesen Leitfäden komme zum Ausdruck, daß möglichst viel gespart werden müsse und daß die produktiven Kräfte so zu reigern seien, daß sie größtmögliches ergeben. In den Leitfäden wird abhandelt, daß Europa eine einzige wirtschaftliche Einheit darstelle. Die wirtschaftliche Produktion werde überall normal sein oder sie sei es werden. Es wäre deshalb notwendig, Deutschland und Rußland in den Saub zu setzen, an der wirtschaftlichen Erhebung Europas mitzuarbeiten.

Ein Milliardengeldent für die Bergherren.

Man weiß, daß die Grubenbesitzer mit der Absicht umgehen, sich das Geld für die dringend notwendigen technischen Neuanlagen durch eine Preis-erhöhung der Kohle zu verschaffen. Die Herren sehen gleichzeitig der beschiedenen Absicht der Regierung, sich an dem durch die Allgemeinheit geschaffenen neuen Kapital ein Mitsprerecht und einen entsprechenden Gewinnanteil zu sichern, ein kühnes Nein entgegen. Nehmen sie es doch sogar ab, der Regierung auch nur eine Kontrolle darüber zuzugestehen, daß die von den Konsumenten aufgebracht Summen wirklich ausschließlich zu den notwendigen Erwerb- und Erneuerungsanlagen verwandt werden!

Was aber die Öffentlichkeit weniger weiß, ist die Höhe der Summen, um die es sich handelt. Im Jahre 1919 betrug die Steinkohlenförderung etwa 118 Millionen Tonnen. Die Förderung ist im Jahre 1920 gestiegen. Nimmt man an, daß der Kohleverbrauch der Beiden etwa 10 v. H. beträgt, so dürfte der Abfall 130 Millionen Tonnen betragen. Nun haben die Steinkohlewerte für die Erneuerungsanlagen eine Preis-erhöhung von wöchentlich 12 Mark für die Tonne beantragt. Wird sie zugestanden, so bedeutet das eine Mehreinnahme von 1560 Millionen Mark.

Für die rund 100 Millionen Braunkohle haben die Besitzer eine Preis-erhöhung von 15 Mark pro Tonne gefordert. Das macht 1500 Millionen Mark für die Braunkohlewerte! Zusammen haben die Grubenbesitzer von den Konsumenten nicht weniger als 3060 Millionen Mark mehr erhalten. Das heißt also die deutsche Volkswirtschaft soll den Grubenherren 3 Milliarden neues Kapital schaffen. Die Regierung soll zu dieser Preis-erhöhung ihre Zustimmung geben, sich aber dann sofort zum Teufel kehren. Nicht einmal über die Verwendung der Gelder soll sie mitsprechen, geschweige denn auch nur zu einem Teil Verfügung über das neugeschaffene Kapital erhalten. Denn das wäre ja Sozialisierung, und die Bergherren fühlen sich mächtig genug, auf solche Vorschläge zu pfeifen.

So sehen vorläufig die Fortschritte der Sozialisierung im Bergbau aus!

Insinn wird Methode.

Wolffs Bureau meldet:
Auf Grund der Überprüfungen, die von den Bergarbeitern zur Erhebung der Kohlenförderung verfahren, und welche mit einem hundertprozentigen Aufschlag zum üblichen Lohn entschädigt werden, mußte sich der Reichskohlenverband mit Anträgen der Syndikate, die auf Preis-erhöhungen abzielten, befassen. Er beschloß, unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums für die Bezieher des Rheinisch-Westfälischen Kohlenfonds, des niederländischen Steinkohlenfonds und des Steinkohlenfonds für den Preisloos Eadsen eine Preis-erhöhung von 15 Mark für die Tonne Steinkohle einschließlich Kohlen- und Umschlagener ab 1. März 1920 eintreten zu lassen. Für die dem böhmischen Kohlenfond angehörigen Braunkohlengruben wurde eine Preis-erhöhung von

80,65 Mark für die Tonne Braunkohle und von 28,40 Mark für die Tonne Hochbraunkohle einschließlich Kohlen- und Umschlagener festgesetzt.

Unmer höher hinauf! Erst gewalttätige Einführung von Überprüfungen, die, wenn sie auch nicht der Verbesserung der Kohlenversorgung dienen, da Herr Döfer unfähig ist, für den Abtransport der gefördert Mengen zu sorgen, doch wenigstens einen Grund für weitere Preis-erhöhungen bilden. So hat schon alles seinen weiten Zweck in der von Gott und den Modethabern der deutschen Republik gewollten kapitalistischen Ordnung.

Der französische Eisenbahnerstreik beendet.

Paris, 1. März. (Genoa)
Der Nationale Eisenbahnerverband teilt mit, daß infolge der Besprechungen beim Ministerpräsidenten eine Einigung mit den Vertretern des Verbandes und der Eisenbahndirektionen erzielt wurde. Daher wird der Befehl, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, vom Verband gegeben werden.

Der Eisenbahnerstreik in Frankreich ist auf dem Wege der Verklärung zwischen beiden Parteien und durch einen Schiedsspruch des Ministerpräsidenten schnell beigelegt worden. Ueber die Grundlagen der Einigung wird berichtet: Das Gewerkschaftsrecht muß geändert werden. Lohnlisten und Statuten des Eisenbahnerverbandes müssen auch auf den großen Linien angewendet werden. Die Regierung soll sich gleichfalls der Lohnskalen bedienen. Auf den Nebenbahnen sollen gleiche Angelegenheiten gemacht werden. Ueber Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Beratung der künftigen Verwaltungsform wird mit der Regierung verhandelt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterworfen sich dem Schiedsspruch des Ministerpräsidenten, der dahingehend, daß alle Disziplinarstrafen aufgehoben und die Streiktage nicht bezahlt werden.

Aus den Klauseln dieses Friedensvertrages geht hervor, daß der Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechts, um die Einführung allgemein gültiger, von der Eisenbahnergewerkschaft vorgelegter Lohnskalen und um eine Reform der Verwaltung geführt worden ist. Soweit die knappen Meldungen ein Urteil über den Ausgang der Bewegung gestatten, hat es den Anschein, als sei in den ersten beiden Fragen ein volles, in der Frage der Verwaltungsreform ein teilweiser Erfolg der Eisenbahner zu verzeichnen. Für ein den Arbeitern günstiges Ergebnis des Streiks spricht es auch, daß der Ministerpräsident die Aufhebung der Disziplinarstrafen zugestehen mußte.

Die Spaltung in der K. P. D.

Nachdem der Zentralkomitee der kommunistischen Partei vor kurzem gegen zwei Stimmen den Antrag annahm, nur solche Personen oder Organisationen als der Partei zugehörig zu betrachten, die die Heidelberger Leitfäden „grundsätzlich und praktisch in ihrer gesamten Parteitätigkeit anerkennen“, hat der jetzt stattgefundenen Parteitag der K. P. D. die Spaltung der Parteien-gültig vollzogen, in dem die oppositionellen Organisationen aus der Partei ausschloß. In einem Aufruf, den die „Rote Fahne“ veröffentlicht, heißt es zum Schluß:

„Der Parteitag, in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der beiden letzten Zentralkomiteesitzungen, erklärt: Die Heidelberger Leitfäden bilden zusammen mit dem Spartakusprogramm das Grundgesetz der Partei. Die tatsächlichen und programmatischen Grundzüge der Partei sind ein untrennbares Ganzes. Die Anerkennung des Spartakusprogramms und der Heidelberger Leitfäden und ihre Vertretung in Propaganda und Aktion sind unumgängliche Voraussetzungen der Parteizugehörigkeit.“

Ausgehend von diesen Voraussetzungen, erklärt der Aufruf:

„Der Parteitag nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Parteikonferenzen der Bezirke Nord, Nordwest, Nieder-Sachsen, Groß-Berlin und Dresden zu den Heidelberger Leitfäden. Er erklärt diese Beschlüsse als im Widerspruch zu diesen Leitfäden stehend und die genannten Bezirke-organisationen nicht mehr zur Partei gehörig.“

Die genannten Organisationen der K. P. D. gehören zu den stärksten der Partei. Nach ihrem Ausschluß verliert die kommunistische Partei ihre wichtigsten Stützpunkte in den proletarischen Massen. Da die Opposition auf den Sitzungsantritt mit der Bildung einer eigenen Partei antwortet, wird, ist von nun ab mit der Existenz zweier sich einander bekämpfenden kommunistischen Parteien in Deutschland zu rechnen. Dem Zusammenbruch der revolutionären Proletkriese dient diese neue Spaltung ebensowenig wie der Spaltung- und Zerfallungsdrang, der von kommunistischer Seite gefestigt in die Reihen der Unabhängigen Sozialdemokratie hineingetragen wird.

Anna Frey.

Unsere österreichische Bruderpartei hat einen schweren Verlust erlitten. Die Tochter der Genossin Theresia Schellinger und Nichte Gustav Eckstein, die Genossin Anna Frey ist in einem Anfall schwerer Nerven Depression vor einigen Tagen freiwillig aus dem Leben geschieden.

Trotz ihrer Jugend war die Verstorbene seit Jahren in der Partei tätig, der sie alle Kraft, all ihr Streben widmete. Aufgewachsen in der Atmosphäre der Parteiarbeit, kannte sie kein anderes Ziel, als die sozialistische Erkenntnis in die weitesten Kreise des Proletariats hinauszutragen. Sie litt schwer unter dem Empfinden, daß ihre Kräfte der Größe der gestellten Aufgabe nicht entsprachen. Wie aus nachgelassenen Briefen hervorgeht, hat dieses Empfinden mit dazu beigetragen, daß sie, geschwächt von einer kaum überstandenen schweren Grippe, die tödliche Waffe gegen sich richtete.

Die Partei, und vor allem die sozialdemokratische Frauenbewegung, verliert in der Genossin Frey eine Kraft, von deren weiterer Wirksamkeit noch viel zu erwarten war.

Genosse Lesebre verhaftet. Nach einer Meldung aus Straßburg ist gestern nach Schluß des sozialistischen Parteitages in Straßburg der Schriftsteller Raymond Lesebre wegen angeblicher Verbrechen des ehemaligen Präsidenten Poincaré verhaftet worden.

Der Abfindungsstandal.

Die Anwälte der Bankrotteure.

Der Gesetzentwurf über die Abfindung des ehemaligen Königshauses ist von der preussischen Landesversammlung nach lebhaftester Debatte ihrem Rechtsausschuss überwiesen worden. Scharfe Töne fand der Redner der Rechtssozialisten, Graf Frankfurt, der beteuerte, daß die, die Wilhelm II. einst „vaterlandlose Gesellen“ beschimpft hätte, ehrlös seien, wenn sie dem Vertragseutwurf zustimmen würden. Und doch ist der Entwurf von dem Parteiengenossen Graf, vom Minister Siedel um, ausgearbeitet worden, auf den durch die Enthüllungen des Genossen Hoffmann über seine Beteiligung an den dunklen Käufen von Weinbeständen des Schlosses ein eigentümliches Licht geworden wird. Nachdem, wie Genosse Hoffmann ausgeführt hat, bereits über 60 Möbelwagen nach Amerongen dem gefassten und weitere ungeheure Vermögenswerte an dem Ministerium nachstehende Regionen veräußert worden sind, nachdem Offiziere und Hofdamen des ehemaligen Königshauses unter falscher Signatur als Staatspensionäre den Rest ihres Lebens verbringen sollen, verläßt Siedel nun noch eine ganze für sein Nachwerk zu brechen, indem er die prägnanten Ausführungen Hoffmanns als „unwahr“ zurückweist. Ohne darauf einzugehen, unter welcher Rubrikierung sein Parteigenosse Graf Siedel nun bringen möchte, wollen wir nur darauf eingehen, was selbst der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Abendausgabe über Bismarck als Vorbild bei der Entgegnung abgelehnter Forderungen der „Sozialistischen Korrespondenz“ entnimmt:

„Ich habe nicht gelebt, daß die Vorarbeiten des Königs Georg, nachdem sie das Haus Stuart vom Thron Englands vertrieben hätten, diesem Hause durch Staatsgelder die Mittel geliefert hätten, der Unfähigkeit Arme bei Calcutta gegenüberzutreten. Ich habe nicht gelebt, daß die verschiedenen Zweige des Hauses Bourbon, deren Throne den Staatsumwälzungen in Frankreich, Spanien, in Neapel zum Opfer fielen, auf Kosten dieser Länder mit Dotationen versehen worden wären, die man die Absicht hätte haben können, ihnen zu lassen, wenn sie fremde Regionen oder französische oder italienische Regionen in der Fremde angeworben hätten, um sie gegen das eigene Land zu führen. Noch weniger ist es mir wahrscheinlich, daß die spanische Regierung es für ihre Pflicht gehalten wird, der Königin Isabella Mittel gegen sie zu liefern, und daß von Italien her die Bourbonen in ihren Absichten durch Staatsmittel unterstützt würden. Ich führe dies an, um Ihnen die Vermögensschätzung zu kennzeichnen, mit welcher wir die sittliche Entrüstung aufnehmen haben, die sich von so vielen feindseligen Seiten geltend macht, als ob wir hier einen ungerathen, gewaltthätigen Akt gegen einen an sich ungerathen Thronen herabdrücken würden. Schuldig waren wir dem König Georg nicht; wir haben ein Beispiel der Großmuth im Interesse des Friedens gegeben, wie es in der europäischen Geschichte meines Wissens nicht dorgekommen ist.“

Das sagte Otto von Bismarck am 13. Februar 1869 im preussischen Herrenhause anlässlich der Debatte über die Veräußerung des Vermögens des Königs von Hannover und des Kurfürsten von Hessen. Und der „Vorwärts“ schreibt dazu:

„Sie (die Hohenzollern) werden nur mit der We gemeint, die sie selbst angelegt haben, ihnen geschieht nur, was sie stets anderen zugefügt haben.“

Trotzdem sich also bei den Rechtssozialisten die Erkenntnis Bahn gefunden hat, daß der Vertragseutwurf unannehmbar ist, ist es ihrem Parteigenossen Siedelum noch möglich, sich für seine Vorlage ins Feuer zu legen. Er geht damit Hand in Hand mit der reaktionären Presse, für die die ganze Angelegenheit eine willkommene Gelegenheit für monarchistische Treibereien ist und die den Vertragseutwurf völlig einwandfrei findet.

Nachdem es Herr Siedelum für unnötig gehalten hat, eine einigermaßen stichhaltige Erwiderung auf die Anklage des Genossen Hoffmann zu geben, nach der er selbst aktiv an der Veräußerung des ehemaligen Kronbesitzes beteiligt gewesen sein soll, dürfen wir erwarten, daß das Volk über die Motivationen nicht mit der gleichen Gemütsruhe zur Tagesordnung übergehen wird, wie die bürgerlichen Parteien der preussischen Landesversammlung mit Einschluß der Rechtssozialisten.

Der Sitzungsbericht.

Finanzminister Siedelum: Dieses Gesetz muß erlassen werden, bevor der Staatshaushalt vorgelegt wird. Es ist seinerzeit verprochen worden, bei der Auseinandersetzung solle die Sozialvertretung mitwirken. Mit der Vorlage löst die Staatsregierung ihre Verbindlichkeit ein. Da sich wahrscheinlich ein Ausschuss mit der Sache beschäftigen wird, können die Einzelheiten dort erörtert werden. Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich persönlich sagen, daß ich der Staatsregierung empfehlen würde, den Antrag Adolph Hoffmann abzulehnen. Dem Antrag Graf (Dem.) dagegen kann jeder zustimmen, bezw. der Meinung ist, daß die Auseinandersetzung zugunsten des Staates erfolgen muß.

Herr Graf (Rechtssoz.): Wilhelm von Hohenzollern hat fern vom Volk im größten Elend in Stiche gelassen. Die vaterlandlosen Gesellen von einst aber haben es aus der Not zu erretten versucht (Leb. Widerspruch rechts). Die Stützen des Thrones, die sich bei der Revolution verweigerten hatten, kommen jetzt, wo die Gefahr vorbei ist, wieder zum Vorschein. (Erneute Unruhe rechts.) Die vaterlandlosen Gesellen haben während des Krieges das Vaterland geschützt. Sie haben sich feuchtig in den Dienst des Vaterlandes gestellt.

Somit wäre der Krieg am ersten Tage zu Ende gewesen. (Stürmisches Hört. Hört. S. d. Anst. Sog.)

Die Auseinandersetzung ist eine Ungeheuerlichkeit. Fern ist es nicht möglich, daß man einem Angestellten, wenn er aus der Firma auf Wilhelm's Act verdrückt, noch einen Vergleich anbietet, zumal der Pflichten ganz nennenswerte Beträge mitgenommen hat. Wir wissen ja, auf welche Art der Hohenzollernische Besitz erworben wurde. Den Untertanen wurden einseitig die besten Grundstücke weggenommen. Bei unserem Verhältnisse können wir und ja Bismarck zum Rufer nehmen, wie er Hannover gegenüber gehandelt hat.

Wir wollen einer Untersuchung des Staatsgerichtshofs nicht vorgreifen, halten es aber für richtiger, daß wir uns zur Feststellung der Schuldfrage nicht heranzusetzen.

Die verhängnisvolle Politik Wilhelms ist zur Genüge bekannt (Redner bringt zahlreiche Beispiele und Aussprüche.) Und wie hat er sich gegen meine Partei geäußert. Eine Partei, der solche Verleumdungen zugefügt worden sind, müßte seine Ehre im Leibe haben, wenn sie einem solchen Vergleich zustimmen würde.

Herr Döppelhoff (Zentr.): Ich bedaure, daß vom Vorredner Worte gefallen sind, die meine Kreise des Volkes auf das Schmerzlichste berühren müssen. (Sehr richtig! rechts.) Wir freuen uns, daß ein friedlicher Ausgleich versucht wird. Wir stellen uns auf den Boden des Rechts. Ueber die Entziehung des Hohenzollernschen Vermögens wird am besten im Ausschuss zu reden sein. (1) Gebt des Kaisers, was des Kaisers ist.

Herr Graf (Dem.): Wir stehen auf dem Boden der Republik und halten eine Wiedereinsetzung der Monarchie für ausgeschlossen. Wir sind nicht für, was Herr Graf Siedel zur Begründung seines ablehnenden Standpunktes Worte gebraucht hat, die geeignet sind, den Wiewohl im Volke nur zu vergrößern.

Herr Graf (Zentr.): Der Vertreter der Wohlhabenden müssen sich heute zu dem Antrage der Unabhängigen aufgeschlossen haben. Er hat Ausführungen gemacht, die wir sonst nur bei den Unabhängigen gewohnt sind. Er hat eine politische Hauptaktion gemacht aus dem, was rein sachlich behauptet werden müßte. Er hat vergebend gewirkt, nicht nur vergebend. In einer Zeit, wo welcher Gras wächst, hat er eine mühe für die Gasse gehalten, hat die Leidenhaftigkeit aufgepeitscht. Ich sehe darin die Angst vor der Wiedereinsetzung. (Lautes Lachen S. d. Sog.)

Die Verleumdung seinerzeit hatte für uns nur die Bedeutung, das künftige Eigentum vor Raub, Diebstahl und Plünderung zu schützen. Sobald die Gefahr vorüber war, mußte sie aufgehoben werden. Wir haben natürlich dafür zu sorgen, daß der Staat nicht zu kurz kommt, aber wir wollen auch nicht feige sein. Doch wir einen Kurier haben wollen, wissen sie ja. (Hurra!) Aber wir wollen einen Sparsaker. Der Bericht auf die Kronrenten ist der Schlüssel in der Reihe der Opfer (Lachen), die das Hohenzollernhaus dem Volke gebracht hat. (1)

Diese Opfer waren alles in die landwärtliche Fürsorge. (Weiterleut.) Der letzte Throninhaber stellt auch jetzt wieder das Familieninteresse dem Familieninteresse voran; er möchte Frieden haben mit seinem Volke. (Erneuter Unruheausbruch.) Wir sollten die dargebotene Hand nicht zurückstoßen.

Genosse Adolph Hoffmann:

Als neulich der Gesetzentwurf auf die Tagesordnung kommen sollte, hat Herr Graf wider Willen die Wahrheit gesagt, indem er ausführte, Siedelum wolle den Entwurf verteidigen. Was Siedelum heute sagt, war mehr als dumm. Seine Leute lassen ihn sogar im Stich. Wenn wir hochzu wären, dann könnten wir nur wünschen, daß der Gesetzentwurf mit bürgerlicher Mehrheit angenommen würde. Der Antrag Graf ist nur ein Randver, um die Anfechtbarkeit von sich abzuwälzen und dann den Wählern als entschlossene Männer gegenüberzutreten. Solche Rede, wie sie Graf heute hier gehalten hat, ist von dieser Seite lange nicht gehört worden.

Behalten wollen wir an Graf's Verständnis, daß der Krieg unmöglich gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie nicht mitgemacht hätte.

Es ist eine unerhörte Zumutung, dem Manne, der den Funken an das gefüllte Pulverfaß legte, angesichts der unheimlichen Not des Volkes noch irgend eine Blüthen zu zahlen. Blüthen sind die Hoffnungen des Bewohners von Amerongen weit übertraffen. Er hat gewiß nicht geglaubt, daß sozialdemokratische Minister ihm solche weitgehende Zugeständnisse machen würden.

Kennzeichnend ist, daß der Mann, dieser suchseladene Hohenzoller als gleichberechtigter Kontrahent angesehen wird. (Große Unruhe.) Bekreien Sie etwa die Schuld dieses Mannes? Ich will Ihnen Beweise liefern, daß Sie davon genug haben. Erinnern Sie sich an die Debatte im Reichstag über das persönliche Regiment. Damals waren alle von Bismarck bis Heubrand einig, daß er endlich seinen göttlichen Mund halten solle, weil wir sonst ins größte Unheil verurteilt würden. Aber was Brunsberg in Betracht kommt, ist, daß die Veröffentlichung der Kriegsdokumente mit den Randglossen von Wilhelm's Hand den unüberlegten Beweis erbracht haben, daß er der Hauptverursacher zum Kriege gewesen ist. (Redner verliest unter leb. Hört. Hört. der U. Sog. einige der markantesten Belegstellen aus der Kausch-Protokolle.) Diese Art, wie der ehemalige deutsche Kaiser zum Kriege gelehrt hat, muß für alle Zeiten festhalten werden. Ich möchte dabei an ein Bild des belgischen Kaisers Wiert erinnern, auf dem Napoleon dargestellt ist, die Arme gekrönt; Rauch und Klammern umhüllen ihn und ein endloser Strom von Frauen stürzt ihm entgegen. Da bringen Krieger ihre vor Enttäuschung gestorbenen Säuglinge und Kinder; Frauen ihre gebliebenen und verarmten Männer, Mädchen ihre toten Viehchen und strecken sie ihm entgegen, Schmerz und Horn im Auge und Verwünschungen auf den Lippen. Das Unglück, das Napoleon verschuldet, wiegt schwerlich gegenüber dem, an welchem Wilhelm II. die Hauptschuld trägt.

Es fehlt an Heimen für die Kriegs'kräppl und -Blinden, es fehlt an Kranken- und Genesungsheimen, an Witterhäusern und Kinderheimen. Die Wohnungsnot ist unendlich groß. Da hätten wir die besten Verwendungsmöglichkeiten für die Schloßler und Wägen.

In § 1 des Gesetzes heißt es ausdrücklich, der Vergleich solle erst wirksam werden, wenn ihm die Landesversammlung zugestimmt habe. Damit stehen aber Vorgänge im Widerspruch, die ich der angelegentlichsten Aufmerksamkeit des Herrn Finanzministers empfehle.

Ich habe Mitteilungen erhalten so unangeleglicher Art, daß wir verlangen müssen durch eibliche Vernehmungen den Sachverhalt scheinlich festzustellen.

Es wird behauptet: Ein Erzieher der Prinzen sei als Adjutant gefaßt worden um die Kosten der Staatskasse aufzubringen zu können. Jetzt soll er 18000 Mark Rubengebalt bekommen, obgleich er in Holland ist. Eine Soldame in dem chonrblauen Alter von 22 Jahren soll gleichfalls mit 18000 Mark jährlich bedacht werden.

Die Kosten der Kaisermandover sind der Staatskasse zur Last gefallen. Was aber alles zu diesen Kosten gerechnet wurde, ist enorm. Stühle des Schlosses wurden verpachtet, zerbrochene Waldgelaire angekauft, Fuhrböden ausgebessert, alles auf Konto „Kaisermandover“ Tas scheinen mir doch recht unangenehm Manöver zu sein.

Wenn in der Begründung zum Gesetz gesagt ist, es sei schwer, zwischen Erbschaft und Staatskassen zu unterscheiden, so muß nachträglich erst die Vermittlung hineingetragen werden sein, denn unter Wilhelm II. ist beides streng getrennt gehalten worden. Die Adenarbühren müssen sichergestellt und ihr Inhalt genau nachgeprüft werden.

Die Weinkeller, deren Plünderung durch die Matrosen uns so oft gemeldet wurde, sind, wie der Rednermeister rühmt, unversehrt geblieben. Die Matrosen hätten, so sagt er, nicht eine Flasche daraus bekommen. Diesen Weinkeller will der Finanzminister als Privateigentum der Hohenzollern angesehen wissen und doch ist der Inhalt aus Staatsmitteln bezahlt worden. Wo ist der Wein geblieben? Er ist nicht wegverkauft worden. Siedelum und Hillich sollen gleichfalls davon erhalten haben. Das hätte zumindest öffentlich geladen müssen und erst nachdem die Landesversammlung geschlossen hätte. Es wird nämlich auch hier

Soubret, Herr Siedelum habe für die erste Marke Rotwein nur 3,80 Mark pro Flasche gezahlt und für guten Cognac 9 Mark. Dagegen hat die Stadt Berlin für ihre Kranken und Genesenden nichts bekommen können, als sie deswegen vorstellig wurde. Man hat sie an die Weinvertriebsgesellschaft gewiesen, die aber Preise forderte, die nicht gezahlt werden konnten. (Hört, Hört links.) Der Rednermeister Siedelum soll vor der Revolution ein armer Mann gewesen sein. Jetzt verfügt er angeblich über ein großes Konto bei der Darmstädter Bank.

Von Möbeln, Teppichen, Waagen wird alles Mögliche feilgekauft im Auftrage des Hausministers Eulenburg fortgesetzt und verkauft. Auch der aus dem Erzbergerverzuge bekannte Herr Strauch soll für billiges Geld kostbare Möbel erworben haben. Wie soll es gerieben wird, kann man daraus ersehen, daß sich sogar der Beamtenausschuss dagegen gemehrt hat. Ein Angestellter, der täglich die Schieberreien mit ansehen mußte, wollte aus einigem taufen. Er konnte jedoch die geordneten 3000.— Mark nicht aufbringen und mußte nun sehen, wie ein Herr vom Finanzministerium die selben Sachen für 700 Mark erhielt. Das sollte aber ist, daß sich der Möbelverwalter selbst an den Käufen beteiligte und die Verier Teppiche, die Volkstaschen usw. als Kost und Möbel herausgeben. Tag für Tag gehen auch die wertvollsten Sachen nach Amerongen.

Bereits 60 Möbelwagen sind abgegangen

und man hat deren Inhalt gar nicht in der Villa unterbringen können, sondern erst einen Sauppen sauen müssen, der von weissen bewacht wird. Auch wertvolle Gemälde von Kranach, Baccio u. a. sind neben künstlich wertvollen Glasfenstern verschwunden.

Tas Silberzeug hatte man zunächst in einem dunkeln Gemach eingemauert. Jetzt wird es fortgeschafft, wahrscheinlich auch nach Holland.

Dem Staate gehen Milliarden verloren

Die Plünderung des Schlosses hat in der Tat erst begonnen, nachdem die Matrosen mittels Kanonen daraus betrieben worden waren.

Wir verlangen, daß die hauptsächlich beteiligten Beamten sofort ihres Dienstes enthoben, daß die Bücher beschlagnahmt werden und eine eibliche Vernehmung der Zeugen stattfindet, deren Namen ich benennen werde.

Wir fordern in unserm Antrag, daß die ehemaligen regierenden Haushälter zugunsten der Staaten ihres gesamten Vermögens für verlustig erklärt werden.

Minister Siedelum: Alle vom Abgeordneten Hoffmann vorgebrachten Verleumdungen sind Verleumdungen.

Herr Graf: Das dürfen Sie nicht sagen.

Herr Siedelum (fortfahrend): Herr Hoffmann hat sich der Begünstigung schuldig gemacht, dadurch, daß er sein Material nicht schon längst dem Justizminister unterbreitet hat. Zu untersuchen, ob während der Kaisermandover falsche Urkunden vorgenommen worden sind, ist nicht meine Aufgabe. Aus dem Weinkeller sind große Teile der Lagerreien zur Verfügung gestellt worden. Allerdings haben wir auch an diejenigen Personen abgegeben, die Repräsentationsverpflichtungen haben, aber nur zu angemessenen Preisen. Wir haben nicht öffentlich verkauft um die Schieber auszuhalten.

An Möbeln ist nur minderwertiger Müll nach Amerongen gegangen. Herr Strauch hat auch nur Nachahmungen bekommen. Alles was Herr Hoffmann sagte, ist also unwahr. Die Gemälde und Glasfenster sind in Museum untergebracht und das Silberzeug ist in Deutschland in Sicherheit gebracht vor den Leuten des Herrn Hoffmann. (Protok. S. d. U. Sog.)

Das Privateigentum ist doch von der Revolutionsregierung anerkannt und darin waren zu gleichen Teilen die Unabhängigen vertreten. Ganz besonders aber möchte ich aneuerliche und langbekannte Beamte meines Ministeriums in Schutz nehmen, die zu verhaften Herr Hoffmann von mir gefordert hat. Ich überlasse den Herrn nach all den Unwahrheiten, die er hier vorgebracht hat, der Hochachtung die er verdient. (Großer Beifall rechts.)

Der hierauf angenommene Schlußantrag bewies, wie sehr die Mehrheit fürchtete, unter zweiter Redner, Genosse Leib, fände den Beweis erbringen, daß Adolph Hoffmann doch mehr bei der Wahrheit war als Herr Siedelum. Zur persönlichen Bemerkung nahm noch das Wort

Genosse Rosenfeld:

Seiner ist es durch den Schluß der Debatte dem zweiten Redner meiner Fraktion unmöglich gemacht, auf die Siedelumsche Behauptung näher einzugehen. Ich muß mich also damit begnügen, daß zu widerlegen, was der Minister gegen mich behauptet hat. Er sagte mir noch, ich hätte während meiner Tätigkeit in der Regierung eine andere Haltung eingenommen als heute mein Kollege Hoffmann. Das stimmt nicht. Ich verweise auf die Bekanntmachung, betreffend die Verleumdung des Vermögens des ehemaligen preussischen Königshauses vom 30. November 1918. Darin heißt es, daß auch sämtliche Gegenstände, die zum Sondervermögen — sowohl zum Privateigentum wie zum Fideikommiss — des vormaligen Königs von Preußen gehören, vorläufig mit Beschlag belegt werden. Das habe ich damals durchgeföhrt im schweren Kampfe gegen die rechtssozialistischen Minister. Wehe konnte ich leider nicht erreichen. Wenn Sie später daraus nicht die Konsequenzen gezogen haben, so ist das Ihre Schuld. (Leb. Sehr richtig! bei den U. Sog.)

Genosse Ad. Hoffmann hat, obwohl sehr leidend, in fast zweieinhalbstündiger Rede das Unflamaterial vorgebracht, was, war und sofort in peridlicher Bemerkung antworten konnte. Er hat sich und sofort in peridlicher Bemerkung antworten konnte. Er hält alle seine Behauptungen aufrecht und fordert schleunigste gründliche Untersuchung durch eibliche Vernehmung aller Beteiligten, deren Namen er genannt hat.

Massenware.

Hoff's Bureau meldet: Dem Kabinett ist heute seitens des Reichsministeriums des Innern der Entwurf eines Gesetzes über die Kommanifizierung von Wirtschaftsbetrieben zugelehrt worden. Es ist dies das achte größere Gesetz, das im Laufe einer Woche im Reichsministerium des Innern festgelegt worden ist.

Kabelkaste Leistung! Acht Gesetze in einer einzigen Woche. Wann wird Quantität endlich in Qualität umschlagen?

Anklageunter Anklage. Der Erste Staatsanwalt am Landgericht I hat gegen den Schöneberger deuschnationalen Stadterordneten Richard Runge ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es bezieht sich auf den Vertrieber der Gummikugeln und Schlaginstrumente, der von Runge zum Zweck antisemitischer Pogrome im großen betrieb wurde.

Arbeiterunruhen in Japan. „Nieuwe Courant“ meldet, daß es in London, in Japan seien etliche Arbeiterunruhen ausgebrochen.

Die Aburteilung der Kriegsverbrecher. Laut „Telegraph“ hat Lord George gestern im Unterhause über das Verfahren gegen die sogenannten Kriegsmißthäter erklärt, die englische Regierung werde keinen englischen Juristen nach Deutschland senden, sondern das Verfahren genau verfolgen und obwohl Deutschland die Möglichkeit gegeben wird, Recht zu schaffen, verzichte die englische Regierung keineswegs auf ihr gleichzeitiges Recht.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr: Der Liebestrank

Opernhaus 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen

Schauspielhaus 7 Uhr: Die Gabe Gottes

Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: Die Sendung Semais

Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen

Großes Schauspielhaus 7 Uhr: Hamlet

König Dedipus

Der Herr Minister

Berliner Theater 7 Uhr: Der letzte Waizer

Lessing-Theater 7 1/2 Uhr: Pygmalion

Deutscher Künstler-Theater 7 1/2 Uhr: Menagerie

Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Die kleine Hoheit

Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Die Raschhoffs

Evchen Humbrecht 7 1/2 Uhr: Die Raschhoffs

Trionon-Theater 7 1/2 Uhr: FEMINA

Gas no-Theater 7 1/2 Uhr: Schnopfels Lene

Walhalla-Theater 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin

Apollo-Theater 7 1/2 Uhr: Unüberwindliches Variété-Programm

Elite-Sänger

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell

Wintergarten 7 1/2 Uhr: Variétévorstellung

Eden-Theater 7 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin

Pharos-Büchse

Aphrodite

Komödienhaus an der Reichshallebrücke. Donnerstag, 4. März, 8 Uhr: „Sie“

Großes Schauspielhaus. Sonnabend, den 6. März, 7 Uhr. Sonntag, den 7. März, 7 Uhr. König Dedipus

Schau-Burg Filmschau. Die Gespenster von Gardenhall. Hermann Valentini, Erika Glässner, Bruno Eichgrün

Gardinen. Auslandswaren zu mäßigen Preisen noch vorräthig. Abgespülte Schirmgardinen, Fenster 45 Mk.

Lotterien. Rote Lotterie 100000, 50000, 10000. St. Georg Lotterie 135000, 60000, 20000

H.C. Kröger, Berlin W 8. Eine Glückstasche, enthaltend 10 Lose beider Lotterien sort. 30.-

Briefmarken, Münzen. kauft Grossmann, Johannisstr. 4

MODERNE DAMEN-CONFEKTION. Elegante Kostüme / Kleider. Blusen / Röcke. Herren-Anzüge

Großes Schauspielhaus. Direktion: Max Reinhardt. Das Abonnement für die nächste Spielzeit ist aufgelegt

Wir färben gut, reell, billig, schnell. In 3-5 Tagen. Radtke-Grundmann, Berlin S. 14

Höchstzahlend. Alt-Metalle. Felle - Flaschen - Lumpen. Fritz Behrens, Blumenstraße 71

Natura-Institut. Blücherplatz 3. Schönheitspflege, Kosmetik, Friseur

Schönes und reines Gesicht. erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode

Spezial-Arzt für alle Geschlechtskrankheiten. Dr. med. Lommer, Brunnenstr. 185

Die beste Anlage für Ersparnisse. eigene Scholle! Berliner Bodenverein, De. 110, Mittelstr. 50

Ausgekämmtes Haar. Zahl 1.- Mk. Nr 10. Größere Posten mehr. Feitel, Neue Köpferstr. 34 v. III.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todesanzeige. Frida Pappel, Charlottenburg, Kantstraße 111

Fritz Krajewsky. nach kurzer Krankheit im Alter von 44 Jahren an der Grippe verstorben

U. S. P. D. Berlin. 4. Distrikt, 5. Abt., Stadtbezirk 111. Hiermit die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied

Bettmässen. Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Ankauf, umsonst, Antiquitäten, Porzellan

Photoapparate. Ankauf, Verkauf. Photo-Steckelmann, W. 9, Potsdamer Str. 120

Stoffe für Kasse. gezeichnete Golen und Kostüme. Plüsch und Strohhalm

!!! Geld !!! für jede Wertsache. Höchste Ankaufpreise. Plüschschirme, Brillanten

Raucher dank! Rauschen, Rauch, in einer Tag und Nacht. Institut Eschbrecht

Schneiderei. jeden Posten bis 200 %. Naturstoff. Holzschrauben

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!

Wir fordern Euch auf, in allen Betrieben, Bureaus und Geschäften mit allem Nachdruck die Vorbereitungen für die Wahlen der Betriebsräte zu treffen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!
Seid Euch bewußt um was es geht: es gilt den Kampf zwischen Kapital und Arbeit! Das revolutionäre sozialistische Proletariat muß sich einmütig zusammenschließen, um die Befreiung aus der kapitalistischen Fessel, aus wirtschaftlicher Not, aus allem Elend herbeizuführen.

Ihr habt Euer Schicksal in der Hand! Nur der Sieg des Sozialismus kann Euch und Euren Kindern Lebensfreude und Freiheit bringen.

Das kapitalistische Unternehmertum und seine Helfershelfer in den Arbeitsgemeinschaften versuchen Euch mit den raffiniertesten Mitteln einzufangen oder mit den rücksichtslosesten Methoden zu unterdrücken. Harmonieapostel aller Schattierungen versuchen in allen Tonarten Euch vom Weg des revolutionären Klassenkampfes abzudrängen. Mit Belagerungszustand, Verfolgungen und brutalen militärischen Gewaltmaßnahmen will man das Vordrängen des Proletariats verhindern.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte!

Zeigt Mut und Entschlossenheit! Mit klarem, zielbewusstem Programm stellt die Tüchtigsten aus Eurer Mitte, die gewillt sind, mit Euch vereint den revolutionären Klassenkampf zu führen, auf die Kandidatenlisten. Diese Eure Kandidaten müssen erklären:

Sie sind Gegner der „Arbeitsgemeinschaften“ und erstreben den Umbau und Ausbau der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, die alle Hand- und Kopfarbeiter umfassen.

Sie erstreben weiter den Aufbau eines Rätesystems, das als Kampfmittel zur Beseitigung des kapitalistischen Systems zu wirken hat und dem die Aufgabe zufällt, die Ueberleitung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische vorzubereiten. Sie verpflichten sich, sofort ihr Amt niederzulegen, wenn es die Mehrheit ihrer Wähler in einer Betriebsversammlung fordert.

Die Rechtssozialisten rüsten den Kampf für eigene Listen. Schon vor Wochen waren ihre Vorbereitungen getroffen, wie ein Flugblatt zeigte, in dem Parteioffiziere und Vollzugsrat der Rechtssozialisten ihre Anhänger zu selbständigem Vorgehen bei den Wahlen aufriefen. Sie sind nicht gewillt dem Beschluß der Gewerkschaftskommission gegenüber Disziplin zu wahren, nach dem die Berliner Arbeiterkraft mit freigeberischen Listen in den Wahlkampf gehen soll. Cohen hat in einer Rede vor den rechtssozialistischen Metallarbeitern die Kriegsliste seiner Gesinnungsgenossen enthüllt. Nach seinen Anweisungen werden die rechtssozialistischen Arbeiter in den Betrieben besondere parteipolitische Listen in Bereitschaft halten für den Fall, daß es ihnen nicht gelingt, die freigeberischen Listen mit den Kandidaten ihres Vertrauens zu besetzen.

Arbeiter, Angestellte, Parteigenossen!

Laßt Euch nicht überrumpeln! Beachtet aufmerksam alle Regungen Eurer hinterlistigen Gegner! Laßt Euch nicht durch demagogische Reden hinhalten, sondern haltet Euch bereit, jedem Versuch solcher Art entgegenzutreten. Bereitet für diesen Fall ebenfalls eigene

Listen der revolutionären sozialistischen Betriebsräte vor, stellt Eure Kandidaten auf, werbt und kämpft für ihren Sieg!

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P.
Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin.

Der radikale Parteigenosse und der intellektuelle Oberbonze.

Eine Legende in zwei Kapiteln.

Von Artur Crispian.

Das zweite Kapitel.

Im zweiten Kapitel beschäftigen wir uns etwas näher mit dem „radikalen“ Parteigenossen, der in jener Versammlung über den „intellektuellen Oberbonzen“ triumphieren konnte. Es ist ein gestrenger Herr, unser „Bonzenfresser“.

In einer Broschüre vernichtet er alle „Führer, Parlamentarier und noch einige Bonzen“ der U. S. P., die nach seiner wahrhaftigen revolutionären Meinung „eine Politik von Kleinbürgern und — objektiv betrachtet — ganz ungewissen Verrat an der Revolution“ betreiben. Ein paar Wochen aus dieser Broschüre mögen zeigen, in welcher Weise die ganze „Bonzenbrut“ politisch erschlagen wird:

Eine ganze Reihe von Genossen, von denen manch einer sich schon oft genug als Revolutionär bezeichnen hat, werden als Reformisten bezeichnet, deren Theorien schwankend, zerlegt und widersprüchlich sind, und deren Ideologie immer noch in den Gedankengängen der demokratischen Bourgeoisie wurzelt. „Ganz zu schweigen von der Begeisterung Kautskys, Hilferdings und Ströbels für die Demokratie und vor ihrem idealen Abstieg vor dem „Terrorismus“, den sie bekanntlich mit Ledebour teilen.“

Es wird angeführt, daß das Problem einer revolutionären Einheitsfront in Charlottenburg zum mindesten für die kommunalen Arbeiterräte in vorbildlicher Weise gelöst sei. Und zwar durchaus verschieden von der bisher bekannten Arbeitsgemeinschaft, wie sie in Berlin, Charlottenburg und vielen anderen Kommunen als rein wirtschaftliche Wirtschaftsgemeinschaft besteht, unter dem Vorbehalt nicht nur der Demokratie, wie Geheimrat Caspel, sondern auch unserer parteigenössischen kommunalen Parlamentarier, wie der Wehl, Dr. Löwenstein, in unserer, vom Wehl der „Freiheit“ erfüllten „Soz. Gemeinde“.

Die auf Partei- und Parteiführer zugeschnittene Methode hat am 9. November kläglich Scheitern erlitten. Da haben die Herren Volksbeauftragten und die Herren vom Vollzugsrat, regierten und befreit. Nur eins fiel ihnen nicht ein: die Massen zu rufen. Ihre Diktatur erschien ihnen bereits als die Diktatur des Proletariats. Und die „Regierung“ Ober-Caspele wurde mit vollem Recht das Stützpunkt der gesamten Reaktion, der vereinigten Gegnerkraft gegen die von Linksnacht geführten revolutionären Arbeiter. Bis endlich von dem Tage ab, da die Gegenrevolution das Bombardement gegen die Volksmarine eröffnete, die Massen selbst erschienen. Aber die Führer? Däumling und Richard Müller, über dessen Reide die Gegenrevolution nicht gestillt ist, sagten überhaupt: ab. Und Ledebour — vermittelte. Mit ihm alle die anderen Führer, Dittmann, Cohn usw. Alles ehrliebe Paktier, gesühlsvolle Ideologen, gewiß. Aber diese Vermittlung war der Dolchstoß in den Rücken der Revolution.

Wochenlang danach durften die Caspele, Dittmann und Gen. nicht wagen, vor unsrem Parteigenossen in Berlin öffentlich zu sprechen.

Gen. Chronen sie alle wieder oben... Nur an Stelle des „unerschütterlichen“ Caspele steht jetzt das unerschütterliche Paar Crispian und Hilferding. Der eine ein Kunstredner, ein politischer Redakteur, der alle Töne bis zum höchsten revolutionären C zu meistern weiß; der andere ein Gesundheitsfürsorge des Kapitalismus, ein Zeitarbeiter aus der Wiener Schule.

Friedrich Adler habe „einmal seinen Kopf eingeseht für eine zwar nicht proletarische-revolutionäre, sondern nur radikale Tat, die auch von einem begünstigten bürgerlichen Demokraten hätte begangen werden können“. Er hätte „die revolutionären Proletarier — soweit sie ihm nachhaken — immer noch fest in seiner Wirtschaftspartei... Das österreichische Proletariat führt: als der Weiler Europas unter Adlers verantwortlicher Mitarbeit und unter den Fuhrstrichen des Entente- und des eigenen nationalen Kapitalismus“.

Die Befreiung der kommunistischen Partei, ihr Zerfall in lauter Seiten wird als „strudelndes Leben“ gefeiert und dies „strudelnde Leben“ auch unserer Partei gewünscht.

„Am jeden Weihnachtsabend, an dem die Zeichen der revolutionären Marzoffen im Marsall liegen, läßt sich hören — wo für? — wie beschallen von einem Schlag, den Scheidemann rühmt als seinen zuverlässigen Freund und als den Geburthäuser der Gegenrevolution, die zwei Wochen später siegte.“ — Genosse Eichhorn wird, was hier bemerkt sei, dem Verfasser der fraglichen Broschüre Gelegenheit geben, seine Aufschreibung zu bereuen.

„Und selbst unsere radikalen Genossen Ad. Hoffmann und Rosenfeld usw. wählten noch kurz bevor sie ihre Ministerpalais verließen, keine andere Aufforderung an das Proletariat zu richten, wie die Scheidemann- und die übrige Reaktion: Arbeit, Ruhe, Ordnung — immerhalb des kapitalistischen Produktionssystems! Alle diese Führer sehen wir in den entscheidenden Tagen stets der Reaktion folgen“, ja „sie gehen ihr ganzes Leben voran“.

Und so fort ohne Ende. Alle bürgerlichen Verleumdungen und kommunistischen Angriffe gegen Genossen unserer Partei sind auf diesen Seiten zusammengetragen. Da ist die Rede von Unwahrscheinlichkeit, vom Schamlosen Treid, von der Einheitsfront mit Bürgerlichen von Kurpfuschern und unsicheren Kantontisten usw. Was Wunder, wenn der „Bonzenfresser“ zu dem Urteil kommt, daß es überhaupt keine Führer gebe, auf die sich das Proletariat verlassen könne. Mit Ausnahme des Verfassers der Broschüre versteht sich.

Es ist gewißlich wahr: wer so hart über andere urteilt, der muß ein Mann ohne Fesseln und Tadel sein. Ob das auf den Richter über die „ganzen Bonzen“ zutrifft, mögen die Genossen selbst entscheiden.

In der alten Sozialdemokratie stand der scharfe Kritiker auf dem äussersten rechten Flügel. Wir empfehlen ihn, einen Artikel für den Parlamentarismus aus der Neuen Gesellschaft von 1907 nachzulesen, wo ein gewisser Dr. James Broch gegen Kautsky und andere zu Felde zieht. Weil diese „in völlig unheimlicher Weise auf eine gewalttätige Ueberrumpelung der Reichsregierung lauern“. Die Radikalen überschauen leicht die indirekte Hilfe, die der Partei bei den Wahlen durch Willkürer zuteil werde. Wie wählt Dr. James Broch über Kautsky, für den „notwendig mit fast wissenschaftlicher Gewissenhaftigkeit, daß der Weltkrieg mit einem Konflikt Deutschlands endigen, daß dann just das sozialdemokratische Proletariat die Macht erlangen würde und daß es dann das „nationale oder internationale wirtschaftliche System ändern könnte! Sollen wir nun aber wirklich wegen solcher Zukunftsvisionen einen anderen Kampf, als den wir jetzt kämpfen (gemeint ist der Parlamentarismus), und eine andere Revolutionierung wünschen als die der Köpfe? Und wie donnert Dr. James Broch gegen die revolutionäre Taktik: „Die ganze althergebrachte, althergebrachte, antidemokratische Revolutionstheorie wirkt im Lichte der modernen sozialistischen Entwicklungslehre nur grotesk... Wenn man den Arbeitern zeigt, daß gerade die Sozialdemokratie die konsequenteste und praktischste Reformationskraft ist, die ihr Ziel, den kapitalistischen Staat allmählich mit neuem sozialistischen Leben auszufüllen, stets im Auge behält“, so wird diese Methode der Partei die industriellen Arbeiter „wie die Mittel-schichten und die wegen ihres geistigen Einflusses besonders wichtigen Intellektuellen in Massen zuführen“. Immer wieder wiederholt Dr. James Broch gegen die „Kladderadatsch-Propaganda“ und das „Phrasenheldentum“, das sich immer wieder nur an großen revolutionären Worten ohne entsprechende Taten betätigt.

Wer darf sich nun heute neben diesem Reformsozialisten noch revolutionär nennen! Allenfalls noch mit seiner gütigen Erlaubnis Lenin und Trotsky. Es gab aber wiederum eine Zeit, da trat der grimmige Revolutionär dafür ein, das fürchterliche Wort revolutionäre Sozialdemokratie lieber nicht zu gebrauchen, weil garke Semitler davon erschrecken. Der jahrelange Massenmord während des Krieges schien weniger aufregend auf das Rimsensgemüt zu wirken. War doch der strenge Richter ein großer Sozialpatriot vor dem Herrn: Hindenburg! Selbst für den fluchwürdigen U-Boot-Krieg trat der Wadere ein. Gewiß, eine nette Entwicklung. Vom revolutionären Sozialdemokraten zum revolutionären Sozialisten und emter über den Sozialpatrioten und

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Er näherte sich dem Mädchen.
„Gut'n Abend, Helen!“
„Gut'n Abend, Ruderl. Rüd' zuher.“ Sie machte ihm auf dem Bänkechen Platz. „Was hast du denn vorhin so gelacht, wie nit g'scheidt?“
„Ueber dein Vogelhauben. Geh', hr's weg!“ Er löste ihr den Knoten.

Das Dirnchen griff nach dem Luche, das ihr in den Rücken sank, und legte es vor sich in den Schoß. „Was irrt dich denn das, dummes Ding?“

„Freilich irrt's mich, weil ich dein G'sicht gern sah.“
„Na, so gaff!“ Sie drehte den Kopf über die eine Schulter nach ihm und sah ihm ganz nah, ohne zu lachen, in die Augen. „Sagst leicht noch kein solch's g'sch'n?“

Er schüttelte den Kopf.

Es war ein vollbäckiges Kindergesicht mit gesundem Rot auf der kaum merklich braun angehauchten Haut, unzählige von reichen Flechten schwarzen Haares mit blauem Schimmer. Die Stirne war frei, wölbte sich oben etwas vor, das gerade Mädchen zeigte einen fein modellierten Rücken und stierliche Rüstern, die brennend roten Lippen waren voll, die obere Schiene ein klein wenig aufgeworfen, die untere ein bißchen eingeknickt, unter dichten Augenbrauen und zwischen schwerdefransten Lidern funkelten ein Paar graue Augen mit merkwürdig großen, dunklen Sternen.

Nachdem das Mädchen eine Weile den bewundernden Blicken des Jungen standgehalten, sagte es pöhtlich: „Wenn ich auch dir g'fall, Ruderl, so lass' dir sagen, du mit gar nit.“

„Das glaub' ich!“ lachte der Junge. Er hatte ja alle Morge beim Rücken sein Bild im Spiegel vor sich und wußte, wie er aussah mit seinem braunen, borstigen Haarhauf über der breiten Stirn, der knolligen Nase darunter, den schmalen Lippen, den fahlen, eingesunkenen Wangen; nichts war auffallend an ihm, als die großen, schwarzen Augen, und die waren nicht schön, denn sie traten zu stark aus der Höhlen.

„Das glaub' ich, Helen!“ wiederholte er. Er nahm es von der besten Seite. Die einer aussieht, dafür kann keiner, und dagegen kann er auch nichts machen.

„Völlig schief bist, Ruderl! nechte die Dirne.“
„Und du recht'schaffen sauber!“ lachte der Junge.

„Das ist halt jeht!“ sagte sie ernst. „denk' aber, was ich zu wachsen hab', bis ich groß bin wie andere Leut'.“
„Reinst ich bleib' sauber?“

„Die Säuberste wirst du herum.“
„Das ist auch was.“ Die Kleine rümpfte das Mädchen.

„Sag' ich denn da in Zwischenbüßel?“ fuhr Ruderl eifrig fort. „Im ganzen Landviertel mein' ich.“

„Geh', dummer Bub, fopp ein Ander's! Du wirst alle großwachlenen Weibheit und uns kleine Menschenin alle vom ganzen Landviertel kennen!“

„Das hat's auch gar nit not. Hat's nit zugetroffen, was ich vor zwei Jahr' von der Keitler's Eva g'sagt hab'?“
„Dah die ihr'n langen Leib und d' kurzen Füß' behalt'?“
„Run, und kommt die heut', großwachlenen, nit daherg'krüchten wie ein' Gans, die ein'm anblölen will?“

„Du hast recht, völlig hast recht, Ruderl.“ lachte Helen, dann sagte sie ihn plötzlich an beiden Händen.

„Sag', verstehst du leicht wahrjagen, wie ein' Zigeuner?“

„Sei nit einfältig, ich versteh' nur, was'n Leuten g'fallen mag, und schäk' wohl auch, ob, was ich heut' seh', sich danach auswachst, und das ist mir so unter'm Holzschinken kommen. Du weißt, mit Rösseln und Rühreln hab' ich schon — kaum aus der Schul' — ang'sangt, später hab' ich wohl auch ein'm heilighen Bauern an einer Stuhllehn oder am Türsim's was g'schnigt, aber das g'treit mich schon lang nimmer, tragt auch nur wenig Grochsen, damit erhalt' ich mein' Mutter nit und k'im selber mein' Vebtag zu nit. Weißt, zulernen will ich, denen, die d' weltlichen Mandeln und Heiligenbilder machen, will ich's nachtun. Der Herr Pfarrer hat's auch scho meiner Mutter verprochen, den ersten Heiligen, den ich zuweg bring', nimmt er in unjer Kirchen. Schon a Zeit schon' ich mir alle Sach' daruffhin an, ob's ihr Holz wert wär', wenn man's schnigte, und dasselbe kann ich mir dann auch so leibhaftig in's Wädel h'neindenken, daß ich mein', ich dürk' nur nit'm Messer nachgeh'n, daß ich's

herauskriegt, aber zu eilig bin ich d'rauf aus und da fällt oft da und dort a Spohn' viel weg und 's Ganz wird mir schief und scheelwankel“; hab' ich erst a sichere Hand, dann bin ich Meister und schneid' nur G'fallsams, wo mir mich's Holz nit reut.“

Die Kleine hatte die ineinander geklammerten Hände auf die Schultern des Burichen gelegt und stützte sich so auf diese. „Welt“, sagte sie, „mich tätst schnigen?“

„Wie d' dah'ist, von Kopf bis zu Füßen, aber lieber noch, wenn d' einmal großwachlen bist. Verlaß' dich d'rauf, du wirst bildsauber, Helen; um dich werden sich die Bubben rufen.“

„Ruderl! Du Himmel'skammerer! wo steckst denn?“ rief es von nebeman. „Gleich komm'! 's Nachtmahl steht af'm Tisch!“

„Die Mutter“, flüsterte der Junge und glitt von dem Bänkechen herab. „Gute Nacht, Helen! 's kann wohl sein —“

„Was denn?“
„Dah ich dann auch mitrauf.“
Er hüchte davon.

Nis er in dem rein und sauber gehaltenen Stübchen bei Tische sah, leiste die Mutter: „Wie oft soll ich dir's noch sagen, mach' dich da drüben nicht unnüt'. Du bist doch wahrhaftig kein Kind mehr, und ein Burich in deinen Jahr'n vergibt sich etwas und es ist auch ganz unschämlich, wenn er sich mit so ein' halbwichsigen Menschenl umtreibt. Verträglich bist ich gern wie alle Nachbarsleut, aber vertraulich nit mit Jedem und mit den Hinschiferischen wohl zur allerlehten Leht. Die Dien' wachst um die Alte auf und die kenn' ich noch von meiner ledigen Zeit her, die ist von der Art, die keinem ein Gut's tut, sie dät' es denn dabei besser, und der nichts Uebles zustoht, ohne dah sich's zugleich für andere schlechter trifft.“

Ruderl hatte sehr aufmerksam zugehört, jeht schloß er den offenen Mund hinter einem Löffel Suppe. Er ah schweigend weiter. Offenbar war ihm das Besagte so unverständlich, daß er ihm mit keiner Frage heizunkommen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

*1 überwankel = etwas schiefwankig

...Kriegsgeheimnis wieder zum revolutionären Drahtzieher. Gorgestern für die Nationalversammlung nach Münchener Muster, gestern voll Entzücken darüber und heute spöttelnd über andere, die dem Terror nicht hold sind. Morgens gegen den dreizehnmahl verurteilten Parlamentarismus, mittags für die Porose: hinein in die Parlamentarier und abends jeden Genossen verdammend, der sich im Parlament betätigt. Der Waid soll vor Reich blüh darüber geworden sein, daß seine Pfaffen nicht so rasch wechseln, wie die Gefinnung des Mannes, mit dem wir es hier zu tun haben. In der Tat, es könnte einem schwindlig werden, angesichts eines solchen Wirbels von Gefinnungen im engen Kopfe eines Menschen.

Und doch ein Mann gibt ausgedröhmt im Baummeister-Bezirk ein Pamphlet gegen seine eigene Partei heraus! Wer denkt bei dem Namen Baummeister nicht an jene chaubinistische Korrespondenzen und an jene „Sozialdem. Feldpost“, die mitgeholfen haben für Wilhelm, Ludendorff und Hindenburg durchzuhalten. Baummeister, der ja auch Führer und Strategie jenes Regiments „Reichstag“ gewesen ist, das im Januar 1919 Proletariat zu Fußenden vom Reichstag und Brandenburger Tor aus niederwarf. Wie die Sage geht, ist Baummeister für Marx kein Unbekannter. Jedes Wort zur Verteidigung der von dem „radikalen Revolutionär“ heruntergerissenen „Bongen“ wäre zu viel.

Das ganze Geschrei über die Intellektuellen, die die Arbeiter betrügen und verführen ist nicht als Demagogie. Es gibt Intellektuelle, die sich schlicht in Reich und Glied stellen, die an allen Nöten und Geschäften des kämpfenden Proletariats teilnehmen, die mit in der vordersten Front ihren Mann stellen, die ausgehört haben, Intellektueller noch bürgerlichen Begriffen zu sein, die revolutionäre Massenkämpfer geworden sind. Umgekehrt: Jedem Arbeiter soll der Sozialismus zum Erlebnis geworden sein, jeder Arbeiter soll ein wissenschaftlich geschulter Sozialist geworden sein. Dann ist auch jeder schlichte Mann der schwierigen Faust ein Intellektueller. Jeder Intellektuelle in der Partei ein Revolutionär für die proletarische Revolution. Jeder Revolutionär ein Intellektueller.

Auch das Proletariat braucht Intellektuelle, wie in der Produktion qualifizierte Arbeiter gebraucht werden. Wozu also die Arbeiter gegen Intellektuelle aufbegehren? Gewiß, die Intellektuellen dürfen sich nicht einbilden, daß sie zum Proletariat herabsteigen, um es zu befragen, dürfen nicht zum Proletariat kommen, um rasch politische Karriere zu machen. Die Intellektuellen müssen als einfache Soldaten der Revolution von der Pike auf dienen, damit sie mit dem Bruder Arbeiter in innige geistige Gemeinschaft kommen, damit sie vom Arbeiter und der Arbeiter von ihnen hohen geistigen Gewinn erwerben. Das sind Dinge, die man jedem Intellektuellen Norm machen muß, wenn er frisch zur Partei kommt. Das sind aber auch Dinge, die gerade ein Intellektueller rasch begreift. Im anderen Falle wäre er eben kein Intellektueller, trotz seiner akademischen Bildung. Die Intellektuellen, die im wahren Sinne des Wortes ein Stück von uns geworden sind, die müssen auch jederzeit und unter allen Umständen wie ein Stück von uns geachtet werden. Wenn aber gar jemand, dem selber von Jugend auf alle Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung standen, der selber Intellektueller ist, Arbeiter gegen andere Intellektuelle aufbegehrt, um eine schlechte Sache zu retten, dann ist das — rein sachlich gesprochen — übelste Demagogie!

Das Geschrei eines Mannes, der durch seine konfuse Entzücken daran gehindert wird, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind, über Parteiführer, Parlamentarier und andere „Bongen“, steht auf der gleichen geistigen Höhe, wie der Horn jener Naturbalken, die ihre Götterbilder verprügeln, weil sie nicht den erbetenen Regen spenden.

Wir halten es mit Marx. „Wenn wir also geschlossen sind, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen. Und die wahrscheinlich sehr kurze Ruhepause, die uns zwischen dem Schluß des ersten und dem Beginn des zweiten Aktes der Bewegung gegönnt ist, gibt uns glücklicherweise Zeit zu einem höchst notwendigen Stück Arbeit: der Untersuchung der Ursachen, die sowohl die letzte Erhebung wie auch deren Niederlage mit Notwendigkeit herbeiführten; Ursachen, die nicht in den zufälligen Bestrebungen, Talenten, Fehlern, Irrtümern oder Verdräueren einiger Führer zu suchen sind, sondern in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustand und den Lebensbedingungen jeder der von der Erschütterung betroffenen Nationen.“

Und frei nach Marx nehmen wir Abschied von dem „radikalen Bongensprecher“: Wie lässlich sind die Ausdrücke eines Politikers, dessen ganzes politisches Innenleben in der Kenntnis der einzigen Tatsache besteht, daß der Bonge Soundso kein Verwonen verdient!

Deutsche Nationalversammlung.

Die Reichseinkommensteuer.

Nach einigen unwesentlichen Anträgen wird die zweite Lesung der Reichseinkommensteuer fortgesetzt.

Abg. J. J. (Dz.) beantragt, dem § 28 einen neuen Absatz hinzuzufügen, in dem es heißt: „Bei außerordentlichen Wertschwankungen im öffentlichen Interesse oder infolge höherer Gewalt (Eis, Schnee oder Windbruch, Raupenfraß, Brand usw.) beträgt die Steuer von dem über die regelmäßigen Aufnahmen hinausgehenden Betrag 10 Prozent.“ Der Antrag wird angenommen und mit ihm § 28.

§ 28 handelt von der Veranlagung. Genosse Düwelle beantragt die Streichung der Bestimmung, daß in gewissen Fällen statt des gemeinen Wertes der Anschaffungs- oder Herstellungspreis zu verwenden sei. Der Antrag wird abgelehnt.

Genosse Gishorn beantragt die Streichung des § 30 über die Auskunftsspflicht der Arbeitgeber, die eine Ausnahme zu Ungunsten der Arbeiter seien. Als seinerzeit im Reichstagen Abgeordneter habe er eine solche Vorlage eingebracht, hat der jetzige Ministerpräsident Hirsch in schärfster Weise dagegen protestiert.

§ 30 wird gegen die Stimmen der Unabhängigen unverändert angenommen.

Ein von allen Parteien unterstützter Antrag Dr. Blund (Dem.) zum § 42 bestimmt, daß die Kapitalertragsteuer auf die Einkommensteuer angerechnet wird, wenn der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist. Der Antrag wird angenommen.

Die Mehrheitsparteien beantragen, den § 44 wie folgt zu fassen: Der Arbeitgeber hat nach näherer Anordnung des Reichsfinanzministers bei der Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte einzufügen und zu entwerfen.

Genosse Gishorn: Es handelt sich hier um eine Neueinrichtung zu Ungunsten der Arbeiter. Man legt eben ein ganz unbedeutendes Nützchen in ihre Schilde. Der hohe Betrag von 10 Prozent berührt nicht die Lage der Arbeiter. Wenn sich nachher herausstellt, daß der Arbeiter zu viel bezahlt hat, dann wird ihm auch nicht ein Pfennig Bins vergütet. Die Regierung will den Sozialisten zum Steuererlass machen.

Abg. Dr. Braun-Franken (Soz.): Auch die Arbeiter werden empfinden, daß die hier getroffenen Bestimmungen nur zu ihrem Vorteil sind. Aber wir müssen den Arbeitern sagen: Ihr habt auch Pflichten, nicht nur Rechte.

Genosse Düwelle: Was Dr. Braun behauptet, ist alles falsch. Er unterstellt den Arbeitern die Absicht der Steuererziehung, wie er das schon im Ausschuss getan hat. Wir betrachten die Bestimmung als eine Ausnahmebestimmung gegen die Arbeiter. Nach weiterer Aussprache wird § 44 nach dem Antrag der Mehrheitsparteien angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Damit ist die zweite Lesung des Einkommensteuergesetzes erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch, 1 Uhr: Antrag Cohn (N. Soz.) über den Belagerungszustand in Düsseldorf. Kapitalertragsteuer, Landessteuer.

Erzberger gegen Helfferich.

Das Plaidoyer des Oberstaatsanwalts Krause.

Bestern war im Prozeß Erzberger gegen Helfferich der H. Verhandlungstag. Er folgte mit dem Plaidoyer des Oberstaatsanwalts Krause. Es kam aber noch einmal zur Beweisaufnahme, da sich der frühere Zentrumsabgeordnete Spahn noch einmal als Zeuge meldete, um den Vorwurf der Gedächtnischwäche zurückzuweisen, der im Verlauf der Beweisaufnahme gegen ihn erhoben wurde. Auch der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg, der Unterstaatssekretär Babnischke sowie die Herren Bauer, David, Schirmer und Giesberts sollen noch einmal als Zeugen gehört werden.

Da Erzberger noch nicht erschienen ist, beginnt der Oberstaatsanwalt Krause vorerst sein Plaidoyer. Er weist einleitend darauf hin, daß dieser Prozeß in seiner Eigenart in den Annalen der Justiz noch nicht dagewesen sei. Es sei ein Prozeß von so weittragender Bedeutung, daß er nicht nur allein in Deutschland, sondern weit über die Grenzen des Reiches hinaus Aufmerksamkeit erweckt habe. Der Staatsanwalt hat dann hervor, daß die Staatsanwaltschaft während des ganzen Prozesses die objektive Haltung eingenommen habe, die sich nur denken lasse. Die Staatsanwaltschaft sei von keiner Seite beeinflusst worden, weder vom Ministerium, noch von einer anderen Behörde habe sie einen Wink oder eine Verhaltensmaßregel bekommen.

Oberstaatsanwalt Krause befahte sich dann mit der eigentlichen Anklage. Er hob hervor, daß sich die Beschuldigungen Helfferichs gegen Erzberger in zwei Gruppen teilen lassen:

1. Vorwürfe wegen unsauberer Verquickung politischer Tätigkeit und privater Geschäfte;
 2. Vorwürfe wegen gewohnheitsmäßiger Unwahrhaftigkeit.
- Der Staatsanwalt ging dann der Reihe nach die Fälle durch, die in der Beweisaufnahme die wichtigste Rolle spielten. Er behauptete zuerst die Tätigkeit Erzbergers als Aufsichtsrat im Thüffensongern und behauptete, daß aus den Bezügen, die Erzberger von Thüffen erhalten habe, sich ein Vorwurf für Erzberger nicht ableiten lasse. Thüffen habe Erzberger sicher nicht ohne Reuegedanken engagiert. Es sei vielmehr seine Absicht gewesen, sich des politischen Einflusses des Nebenängers zu versichern. Erzberger sei jedoch aus dem Thüffensongern freiwillig ausgeschieden, in der Hauptsache wegen der Partei-Resolution. Eine Verquickung politischer und geschäftlicher Tätigkeit habe aber in diesem Falle nicht vorgelegen, wieweil ein Parlamentarier um seines guten Rufes willen sich von derartigen Geschäften besser fernhalten müßte.

Ueberzeugung des Erzbedens von Brich-Longwy

durch den Thüffensongern anbelangt, so habe der Thüffensongern damit in erster Linie Sonderinteressen verfolgt. Erzberger habe sich dabei mit aller Schärfe für die Interessen des Thüffensongern eingesetzt. In diesem Punkte sei daher die Vermischung von politischer und geschäftlicher Tätigkeit nachgewiesen, ebenso habe Erzberger bei der Lieferung von Schulschulden nach Holland seinen politischen Einfluß für private Zwecke ausgenutzt, und auch hier sei der Nachweis einer Verquickung politischer und finanzieller Geschäfte erbracht. In der Frage der Ausschreibungsarbeiten und der Propagandaarbeit Erzbergers für die Anexion des Erzbedens von Brich-Longwy sei dem Angeklagten die Beweisaufnahme nicht gelungen.

Der Staatsanwalt besprach dann den Fall Paigobin. Auch hier sei nicht erwiesen, daß Erzberger lediglich für Privatinteressen eingetreten sei, sondern man müsse annehmen, daß er auch das Wohl der Allgemeinheit vertreten habe, als er sich für die Gewinnverteilung in Dresden einsetzte.

Im Falle Berger lasse sich dem Nebenkläger nicht nachweisen, daß er als Schiedsrichter zugunsten des Tiefbauunternehmens das Recht gebeugt habe. Erwiesen sei aber, daß Erzberger seine politische Tätigkeit mit seinen Geldinteressen verquickt habe.

Die Fälle Angeli und Krawitz seien charakteristisch für die Schrankenlosigkeit, mit der Herr Erzberger seinen politischen Einfluß für seine persönlichen Interessen eingesetzt habe. Hierbei zeigte sich aber auch die Schwäche der früheren Regierung. Auch im Falle der Ledergesellschaft Anhydrit sei dem Angeklagten die Beweisaufnahme gelungen, daß Erzberger seinen politischen Einfluß für ein privates Unternehmen ausgenutzt habe. Der Staatsanwalt besprach dann die Fälle Wolff, Richter und Kapag, die für Erzberger nichts Beliebiges ergeben hätten. Anders sei es mit dem Fall Dels und Fette.

Hier habe Erzberger seinen ungeheuren politischen Einfluß in einem Maße geltend gemacht, das an Korruption grenze.

Zum Schluß besprach der Staatsanwalt das Thema: Kapitalverflechtung ins Ausland. In unserer an Delogung und Korruption so reichen Zeit sei dies das schlimmste Verbrechen am Volke. Nicht nur Millionen, sondern Milliarden seien dem deutschen Volke entzogen worden. Erzberger wolle zwar nur für kirchliche und politische Zwecke Gelder nach der Schweiz gebracht haben. Sein Verfahren verurteile aber die schwersten Bedenken. Für einen Reichsfinanzminister müsse es andere Wege geben als die von Erzberger eingeschlagenen.

Der Staatsanwalt schloß damit, daß der Beweis für die Behauptung der Verquickung von Geschäft und Politik in einer Reihe von Fällen und damit überhaupt erbracht worden sei.

Nach dem Plaidoyer des Staatsanwalts wurden die eingangs erwähnten Zeugen noch einmal über die Stellung Erzbergers zur Friedensresolution im Juli 1917 vernommen. Die Aussagen brachten noch wesentlichen nichts Neues. Die Beweisauf-

nahme wurde dann einstimmig geschlossen und der Verhandlung am Donnerstag vormittag 11 Uhr vertagt. Der Erste Staatsanwalt von Clauser wird über den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit sprechen, der von Helfferich gegen Erzberger erhoben wurde. Dann wird das Plaidoyer des Verteidigers Dr. Albers folgen.

Betriebsräte.

Beschwerdestelle für Betriebsräte.

Im § 28 des Betriebsrätegesetzes ist vorgesehen, daß bei Streitigkeiten über die Errichtung, Zusammensetzung, Geschäftsführung usw. der Betriebsräte der Bezirksarbeitsrat als Beschwerdeinstanz zu entscheiden hat. Solange Bezirksarbeitsräte nicht bestehen, soll nach § 103 die Landeszentralbehörde eine andere Stelle als Ersatz bestimmen. Da nun bekannt geworden ist, daß für Preußen die Absicht besteht, die Gewerkschaften als zuständige Beschwerdeinstanz einzusetzen, hat sich heute die Erwerbsgemeinschaft freier Angestelltenverbände mit einem dringlichen Schreiben an das Reichsarbeitsministerium gewandt und ersucht, nicht die Gewerkschaften, sondern die Schlichtungsausschüsse — wenn nötig unter Bildung besonderer Kommissionen — als vorläufige Beschwerdeinstellen im Sinne des § 103 anzuerkennen. Das Reichsarbeitsministerium wird auf gefordert, im Sinne dieses Antrages auf die Landeszentralbehörden einzutreten.

Kopf- und Handarbeiter der Ledertwirtschaft!

Die am 26. Februar stattgefundene Kartellierung der Ledertwirtschaft hat beschlossen, die gesamten Kopf- und Handarbeiterschaft aufzufordern, gemeinsame freigewerkschaftliche Listen zur Wahl der Betriebsräte aufzustellen. Die gesamten Kopf- und Handarbeiter werden hiermit aufgefordert, in allen Betrieben, getrennt nach Arbeiter- und Angestelltenruppen, Abstimmungen über eine gemeinsame Wahl vorzunehmen zu lassen. Nähere Auskunft erteilt das Gewerkschaftsbüro der Ledertwirtschaft, Belle-Alliance-Str. 7/10, Tel.-Anschl. Kollendorf 4400-4403, Postgruppe 9 und die gesamten, dem Kartell angeschlossenen freigewerkschaftlichen Organisationen.

Gewerkschaftliches.

Drohender Streik in den Brotfabriken.

Gez. Abstimmung in den Betrieben!

Beharrlich weigern sich die Besitzer der Brotfabriken, den Bäckergesellen eine Zulage von 16. 2. zu gewähren, trotz dem den Gesellen in Kleinbäckereien die Zulage gewährt wird. Von Seiten des Verbandes wurden alle Wege beschritten, um die Großbäckereien zu veranlassen, die Zulage zu zahlen. Die Herren wollen es eben scheitern auf eine Streikprobe ankommen lassen.

Eine Versammlung der in Großbäckereien beschäftigten Gesellen beschloß am Dienstag die Situation. Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, daß heute, Mittwoch, in den Betrieben über Streik oder Nichtstreik abgestimmt werden soll. Auch die Richter sollen sich an der Abstimmung beteiligen. Sollte der Streik beschlossen werden, so erfolgt im Laufe des Donnerstags Arbeitsniederlegung. Das Resultat der Abstimmung wird in der „Freiheit“ veröffentlicht werden.

Streik der Holzarbeiter in der U. C. G.

Am Sonnabend, den 28. Februar, haben sämtliche Holzarbeiter, und zwar Modell- und Weißstichler, Drechler, Krebelschneider und Präfer wegen zu niedriger Bezahlung die Arbeit eingestellt und ihre Entlassung in den U. C. G.-Werken, Brunnenstraße 107a gefordert. Der Lohn betrug 2,00 bis 3,00 R. die Stunde. Hierzu kommen die üblichen Zulagen von 6 Mark Schichtzulage, 6 Mark für jedes Kind und 3 Mark für die Frau. Diese gezahlten Löhne sind in der Modellbranche in den Meißnerbetrieben bei weitem überholt und noch mehr in der Möbelbranche.

Nahrungs- und Genussmittelbranche des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Einen bösen Reinsfall erlebten die Mehrheitssozialisten am Montag abend in der Branchenversammlung aller in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beschäftigten Handels- und Transportarbeiter. Die bisher in vielen Branchen gerühmt gewordenen Kollegen sind jetzt nach langen Bemühungen endlich in einer einheitlichen Nahrungs- und Genussmittelbranche zusammengeschlossen worden. Den ersten Anstoß dazu hatte die im vorigen Jahre einsetzende Aktion des Holzgüterates zugunsten der Industrieverbände gegeben. Bei der Wahl der Branchenleitung fielen sämtliche Kandidaten der S. P. D. durch, soweit sie nicht die Ausschließlichkeit ihrer Wahl einsehend, schon vorher abgelehnt hatten. Als Branchenleiter wurde der Genosse Goppo, als Schriftführer Genosse Gille-Kuulwin gewählt. Die Stellvertreter und die 6 Beisitzer wurden sämtlich aus den Reihen der U. C. P. und der S. P. D. genommen. Die mehrheitssozialistischen Verbandsangehörigen hielten es darauf für angebracht, den Saal zu verlassen. Als Branchenleiter wurde Schulz wiedergewählt. Anschließend sollte Bender als rechtssozialistisches Mitglied der Nationalversammlung über die Rechte der Arbeiter nach dem Betriebsrätegesetz referieren. Da er davon durch seine parlamentarische Tätigkeit gehindert wurde, übernahm Genosse Sievers, welcher als Korreferent bestellt war, das Referat. In längeren Ausführungen wies Genosse Sievers nach, daß das Betriebsrätegesetz den Arbeitern wenig oder gar keine Rechte gibt. Durch den schändlichen Umfall der S. P. D. wurden auch die letzten Rechte der Arbeiter aus dem Gesetz entfernt.

Einstimmig angenommen wurde eine Resolution, die den Parteien, die das Betriebsrätegesetz zusammengeraut haben, das schärfste Mißtrauen anspricht. Zur Wahl sollen nur wahrhaftige, revolutionäre Arbeitervertreter gestellt werden.

Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Transportarbeiter nicht mehr gewillt sind, sich von einigen Angehörigen gängeln zu lassen. Kräftige Ausschließen für die Sozialreaktionäre bei kommenden Wahlen.

Versammlung der Wack- und Schließangestellten.

In einer sehr stark besuchten Versammlung nahmen die Wack- und Schließangestellten den Bericht der Branchenleitung über das verflozene Jahr entgegen.

Seuche gab einen Bericht von den Verhandlungen betreffend die Regelung der Zulagen. Abgegeben von 8 Gesellschaften, die ab 1. Januar in ein neues Tarifverhältnis eingetreten sind, ist es gelungen, bei allen Gesellschaften ab Januar Zulagenzulagen durchzusetzen.

Bei der Wackgesellschaft Aranz & Co. wählten 178 Wack-, Wackerrinnen und Kontrollreue in den Streik treten, da die Wackgesellschaft sich weigerte, eine Zulagenzulage zu gewähren. Nach 6 Tagen wurde der Streik erfolgreich beendet.

Freie Welt 9

30 Pfennig

Heute neu!

Expedition Breite Straße 8-9

Mit den Nachwachstumsinstituten der Grundbesitzervereine, die sich in einem Verbandszusammenschluss haben, wurde bis Ende Februar vor dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin eine Erhöhung der Einkommenssteuer von 25-30 Proz. festgelegt. Für Monat März sollen in den nächsten Tagen Verhandlungen stattfinden.

Der Referent besprach dann den neuen Lohnsatz, der den Unternehmern unterbreitet worden ist. Die Forderungen sind in Betracht der immer mehr und mehr steigenden Leistung der Arbeiter zu nennen. Als der Redner bei der Erwiderung der Frage der freien Richte erklärte, dass ohne freie Richte kein Tarifabschluss möglich sei, fand er stürmischen Beifall. Sollten die Unternehmer nicht die Zeichen der Zeit verstehen, dann würde die Organisation den Kampf aufnehmen, ein Streik wäre dann unvermeidlich. Die Bezirksverwaltung hätte bereits ihre Zustimmung zur Durchführung der Lohnbewegung erteilt.

Lohnbewegung der Groß-Berliner Friedhofsarbeiter.

Durch die allbekannte, Anfang Januar eingetretene bedeutende Erhöhung aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter hat auch die Groß-Berliner Friedhofsarbeiter-Gesellschaft notgedrungen gestützt, eine Lohnbewegung zu den bisher bestehenden tariflich festgestellten Löhnen zu fordern. Während die Arbeiter-Gesellschaft anderer Berufs bei Staat, Gemeinde und privaten Unternehmern volles Verständnis für eine solche Forderung fand, konnten sich die kirchlichen Gemeinden zu diesem Standpunkt nicht aufstellen.

Nach Verlassen der Kirchengemeinden nahm am Mittwoch, den 24. Februar, eine stark besuchte Gruppenversammlung der Berliner Friedhofsarbeiter Stellung. Sie kam zu dem einstimmigen Entschluss, dass die glatte Ablehnung ihrer berechtigten Forderung und vor allem die Ablehnung der Verhandlungen mit der Organisation der Friedhofsarbeiter, eine scharfe Herausforderung der Friedhofsarbeiter-Gesellschaft ist. Die Versammlung wählte die scharfe Herausforderung der Friedhofsarbeiter-Gesellschaft entschieden zurück. Der Beschluss, in den Gemeindefreien einzutreten, wurde einstimmig angenommen. Inzwischen hatte der Demobilisierungs-Komitee von der Seite eines Generalkomitees auf den Friedhöfen erfahren und zu dessen Vermeidung angeordnet, dass der Schlichtungsausschuss eine Einigungsverhandlung verführe. Auf diese Nachricht hin hat die Arbeiter-Gesellschaft den Streik vertagt.

Der Schlichtungsausschuss hat nunmehr unter Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Wiffel eine Einigung versucht die gerade von den Kirchengemeinden scharf abgelehnt wurde, während die Arbeitnehmersprecher zu einer solchen bereit waren. Der Spruch des Schlichtungsausschusses, der nunmehr notwendig war, gibt den Arbeitern eine tödendende Lohnzulage von 30 P. rückwirkend ab 1. Januar 1900. Die Gemeinden scheinen den Schlichtungsausschuss abweisen zu wollen. Die Arbeiter-Gesellschaft wird sich jedoch nicht schrecken lassen und wird auf dem Schlichtungsausschuss bestehen bleiben und kann nur behaupten, wenn durch das Verhalten der Kirchengemeinden Verhältnisse heraufbeschworen werden, die ihnen nicht angenehm sind.

Was der Bevölkerung jedoch erwartet die Arbeiter-Gesellschaft für ihre beschlossene Forderung vollste Sympathie, denn jeder Einwohner wird sich freuen können, dass die Arbeiter-Gesellschaft nicht unter allen Umständen der Gnade einer äußerst reaktionären Arbeitnehmersprecher preisgeben kann.

Das Unterhaltungskomitee der Groß-Berliner Arbeiter-Gesellschaft hat am 27. Februar im Gröbischen Vereinshaus eine Versammlung ab. Sadiena legte dort in einem längeren Referat die Verhältnisse der Arbeiter-Gesellschaft gegenüber den Prinzipalen dar. Die darauf folgende Aussprache war sehr einsehend. Es wurden Klagen laut, dass in vielen Geschäften die Lohnzulagen noch nicht gezahlt werden, dass die Prinzipale sich an die Demobilisierungsverordnung nicht halten, auswendige Gehilfen immer noch beschäftigen und immer wieder einnehmen. Ebenso wurde Klage geführt, dass in einzelnen Geschäften noch Wochenlöhne von 60-70 M. an verheiratete Gehilfen gezahlt werden. Die Gehilfen würden dadurch gezwungen, auf irgend eine Art Geld zu verdienen, es dürften sich die Prinzipale nicht wundern, wenn die Gehilfen in ihrer Not sogar unehelich würden. Die Versammlung beschloss eine weitere Lohnzulage von 60 M. wöchentlich zu fordern. Sollen die Verhältnisse aber gebessert werden, ist der Anschluss aller Gehilfen an die Organisation notwendig.

Zentralverband der Angestellten, Tempelhof-Markt. Freitag, den 5. März, im Vereinslokal, Berliner Str. 100, Vortrag des Kollegen Liko über das Betriebsratsgesetz. Anfang pünktlich 7.30 Uhr.

Die Photographen-Gehilfen und Gehilfen der Berliner Photographen-Gesellschaft am 27. Februar im Gröbischen Vereinshaus eine Versammlung ab. Sadiena legte dort in einem längeren Referat die Verhältnisse der Arbeiter-Gesellschaft gegenüber den Prinzipalen dar. Die darauf folgende Aussprache war sehr einsehend. Es wurden Klagen laut, dass in vielen Geschäften die Lohnzulagen noch nicht gezahlt werden, dass die Prinzipale sich an die Demobilisierungsverordnung nicht halten, auswendige Gehilfen immer noch beschäftigen und immer wieder einnehmen. Ebenso wurde Klage geführt, dass in einzelnen Geschäften noch Wochenlöhne von 60-70 M. an verheiratete Gehilfen gezahlt werden. Die Gehilfen würden dadurch gezwungen, auf irgend eine Art Geld zu verdienen, es dürften sich die Prinzipale nicht wundern, wenn die Gehilfen in ihrer Not sogar unehelich würden. Die Versammlung beschloss eine weitere Lohnzulage von 60 M. wöchentlich zu fordern. Sollen die Verhältnisse aber gebessert werden, ist der Anschluss aller Gehilfen an die Organisation notwendig.

Elternbeiräte.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist nicht im ersten Sturm zu erobern, so wichtig sie innerlich ist und so sehr sie in allen Fugen kracht. Ein zähes Ringen mit den revolutionären Proletariats muß einsehen. In allen Institutionen, in denen die herrschende Klasse Rechte ihrer Ausbeutung sich schafft und bezieht, muß der Kampf mit Gründlichkeit und Kraft einsehen. Gleichgültigkeit und Passivität gehören nicht in unsere Zeit, in der der Entscheidungskampf heranzieht. Das haben auch die Elternbeiräte, so weit sie stattgefunden haben, wiederum gezeigt. Gewiß haben wir nur an den wenigen Stellen absolute Majorität errungen. Gleichgültigkeit und Unwissenheit hemmen noch immer den Sturm des Proletariats gegen die Hochburg der Reaktion, gegen die Schule. Doch, Genossen, rastet nicht! Immer von neuem revolutioniert die Köpfe! Zeigt besonders den Frauen, den Müttern, die doch mit ihrem Herzblut an dem Wohl und Gedeihen ihrer Kinder hängen, das was ein sozialistischer Erziehung. Klärt sie auf über die Demagogen der Klassen- und Standeskäufe, damit sie in der Erziehung und in dem Kampf gegen die Knechtung ihrer Kinder zu entschlossenen Kämpferinnen im Elternbeirat werden. Aber eines haben auch die Wahlen mit Deutlichkeit gezeigt: für Versäumnisse und politische Grundlosigkeit ist kein Platz mehr in dieser Zeit. Das reaktionäre Bürgertum hat sich geschlossen gegen uns gestellt und die U. S. P. D. hat sich im Kampf behaupten können. Nur die U. S. P. D. ist überall in die bedeutendsten Minderheiten hinabgedrückt worden. Das ist die beste Antwort des Proletariats für den Verrat der U. S. P. D. am 7. März muß ein Gerichtstag für die U. S. P. D. und ein Siegstag des Sozialismus gegen die vereinte Reaktion sein. Keiner versäume die Wahl! Die Eroberung der Schule ist ein wesentlicher Teil für die Eroberung des Sozialismus. Genossen, tut eure Pflicht!

Wahlresultate.

Steglis. Die Elternbeiratswahlen für die 7. Gemeindegemeinde ergaben: U. S. P. 3 Mandate, E. P. D. 2, Christlich-Sozialistische 5.

Berichtungen.

Charlottenburg. Freitag abend 7 Uhr im Volkshaus, Rosinenstraße 4: Öffentliche Versammlung, Vortrag des Gen. Löwenstein: Die Elternbeiratswahlen und die U. S. P.

Groß-Berlin.

Man muß warten!

Wo muß man heute nicht warten. Am schlimmsten haben es die Frauen, die ihre häuslichen Geschäfte erledigen müssen. Mit Kauferlei und Warten werden halbe, ja ganze Tage verfrachtet. Am schlimmsten ist es zur Zeit der umfangreichen Grippeerkrankungen. Da muß zunächst der Weg zur Krankenkasse angetreten werden, um einen Schein zu erhalten. Wenn es, die Fahrzeit nach den Bureaus eingerechnet, mit 3 Stunden abgeht, kann man froh sein. Am schlimmsten ist es in den Wartezimmern der Ärzte. Die Kranken sitzen eng aneinander, viele müssen stehen, weil nicht genügend Sitzgelegenheit vorhanden ist. Ehe der Arzt die Sprechstunde beginnt, sind schon Stunden vergangen. Es kommt vor, daß die Sprechstunde 1 und 1 1/2 Stunden später beginnt, als angezeit. Für einen Gefunden ist es schon eine Pein, mehrere Stunden unter den fortgesetzt hustenden Erkrankten sitzen zu müssen. Für einen Kranken, der sich schwach fühlt, und das ist fast durchgängig der Fall, ist diese Wartezeit eine fürchterliche Qual.

Dann geht es vielfach nach der Apotheke, um die verschiedenen Medizin zu besorgen. Auch da muß mit Geduld gewartet sein und Stunde auf Stunde opfern.

Wer etwa den Arzt nach der Wohnung haben will, weil der Kranke heillos ist, der muß qualvolle Stunden durchmachen. Er wartet und wartet, die Angehörigen können keinen Schritt aus der Wohnung tun, weil sie hoffen, jeden Augenblick kann der Arzt kommen. Aber er kommt nicht. Die Hoffnung, daß er noch erscheint, wird mit jeder Stunde geringer. Man geht erneut zum Arzt, um zu erfahren, daß er unterwegs ist.

Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie heute die Zeit verdröseln wird muß. Und doch ist im Augenblick nicht allzuviel dagegen auszurichten.

Die hohen Zündholzpreise.

Zündhölzer sind im vollen Handel jetzt so gut wie gar nicht zu haben; und selbst im Schleißhandel erwirbt man sie schwer, und dann auch nur zu hohen Preisen, die Schachtel zu 70 Pfg. und mehr. Wo ein Händler sich zeigt, werden ihm die Zündhölzer trotz der hohen Preise förmlich aus der Hand gerissen, wenn auch jeder auf die Wucherpreise schimpft.

Wie kommt es nun, daß dieser Bedarfsartikel so knapp und teuer geworden ist? Das beruht auf verschiedenen Ursachen. Die inländische Zündholzindustrie ist zum Teil lahm gelegt, da sowohl Rohstoffe wie Betriebsstoffe fehlen. Der Kohlenmangel zwingt einige Betriebe, die Fabrikation einzustellen, und anderen fehlt das Holz. Das ist die Knappheit; die Leuerung hat aber noch andere Ursachen. Mit dem Holz wird in letzter Zeit ein ungeheurer Wucher getrieben. Die Holzpreise sind im Vergleich zu den Friedenspreisen bereits um das Zwanzigfache und mehr gestiegen, und auch die übrigen Rohstoffe, Knochen usw. sind teurer geworden. Die Preise der bei der Zündholzfabrikation benötigten Rohstoffe haben sich derartig gesteigert, daß eine außerordentliche Erhöhung der Herstellungskosten eingetreten ist. Während bisher der Herstellerpreis für inländische Zündhölzer inkl. Steuer 600 Mark pro 1000 Pakete zu je 10 Schachteln betrug, stellen sich die Herstellungskosten inkl. Steuer für inländische Zündhölzer jetzt auf 1500 Mark. Die Preise für ausländische Zündhölzer übersteigen infolge der Preissteigerung in Schweden und wegen des schlechten Standes unserer Valuta den Preis der inländischen Zündhölzer außerordentlich, so daß der Einheitspreis beibehalten worden ist. Auch die Vergütungen des Handels haben wegen der Verteuerung der Vertriebsstellen eine erhebliche Erhöhung erfahren. Der neue Einheitspreis für inländische und ausländische Zündhölzer beträgt pro Paket zu je zehn Schachteln 8.50 Mark. Von diesem Preis haben die Hersteller pro 1000 Schachteln 1250 Mark in die vom Reichswirtschaftsministerium bewilligte Ausgleichskasse abzuführen, um den Mehrpreis für ausländische Zündhölzer beglichen zu können.

Wir haben also eine Erhöhung der Zündholzpreise erfahren, die das Maß der Friedenspreise noch Einführung der Zündholzsteuer im Jahre 1918 und das Maß des Preises von 1912 beträgt. Da Zündhölzer einen wichtigen Bedarfsartikel bilden, da die Erbschaftssteuer (Feuersteuer) aus mancherlei Gründen nur ein schlechter Rohstoff sind, wird diese Preissteigerung vom Publikum natürlich sehr schwer empfunden.

Es wird nun in Aussicht gestellt, daß bei einer Besserung der Rohstoffversorgung die Preise wieder herabgesetzt werden können. Wir glauben aber nicht, daß das geschehen wird. Denn selbst wenn unsere eigene Produktion wieder gesteigert wird, werden inzwischen besonders die Holzpreise bedeutend weiter gestiegen sein, es sei denn, daß dem schandbaren Holzwucher ein Ende bereitet wird. Es muß aber konstatiert werden, daß die fiskalischen Holzpreise selbst nur zu Wucherpreisen verkauft werden, der Staat geht also den privaten Holzbesitzern mit schlechtem Beispiel voraus. Dieser Holzwucher wirkt natürlich auf alle Holzverarbeitenden Industrien, vor allem auch auf die Möbelindustrie, und auch auf die Bauindustrie, stark preissteigernd. Die Holzbesitzer bezeichnen sich somit auf ungewöhnliche Weise auf Kosten der Bevölkerung, und es wird höchste Zeit, daß diesem Treiben ein Ende bereitet wird.

Das Märkische Museum hat zu Ehren des vor hundert Jahren (am 8. März 1800) geborenen, 1899 verstorbenen, letzten künstlerischen Lithographen Berlins Gustav Federer in dem Saal für Graphik eine Ausstellung von Hand- und Steinzeichnungen des Meisters veranstaltet. Die von 1844 bis etwa 1880 reichenden Blätter, bald nach der Natur geschaffene Bildnisse, bald Reproduktionen von Gemälden anderer bieten eine gute Uebersicht über das Lebenswerk des feinsinnigen, einst wegen der materalischen Wirkungen, die er dem Stein abzugewinnen suchte, hochgeschätzten Künstlers, der durch die Erfolge der Photographie allzufrüh aus seinem Schaffenskreis gedrängt wurde.

Diebstahl mit einem Dampfer. Räuberzügen und Diebstähle finden kein Ende und nehmen immer seltsamere Formen an. Drei Spreckelne Barden vor einigen Tagen in Berlin Refsinghagen geladen, die für Rebnid bestimmt waren. Ein Schleppe brachte sie hinaus. Auf halbem Wege stoppte er plötzlich, legte sich lässigste der Röhre und lud von den Refsinghagen fleißig über. Dann schleppte er die Röhre noch bis zur Schiffe und dampfte nach Berlin zurück. Hier machte er in der Nähe der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße gegenüber der Alexanderferne fest. Bald darauf kamen ein paar Fußgänger angefahren und hielten gegenüber dem Dampfer. Dieser Wichte keine Bestimmung

ladungen und die Wogen fahren mit ihr davon. Um 10 Uhr erhielt die Kriminalpolizei Kenntnis von dem seltsamen Transport. Als die Beamten am Ufer erschienen, fanden sie nur noch den Dampfer, die Fahrwerke waren bereits verschwand. Sie durchsuchten den Dampfer und fanden nur noch einige Refsinghagen, die unter den Köhlen versteckt lagen. Diese wurden beschlagnahmt, der Führer des Dampfers namens Bionki, aus Fürstberg, verhaftet.

Größter Feuer. Die Berliner Feuerwehr wurde am Dienstag vormittag wegen eines großen Feuers nach dem Invalidenstr. 141 gerufen. Dort war im 4. Stock des Quergebüdes in der Fabrik der Berliner Ramm- und Düren-Industrie, Hauptgeschäft Friedrichstraße 189a, Feuer ausgebrochen, das infolge der dort lagernden Vorräte an Zellulose rasch um sich griff. Als die Wehr an der Brandstelle erschien, stand das 4. Stockwerk in ganzer Ausdehnung in Flammen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen war es sämtlich gelungen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, einige hatten leichte Brandverletzungen erlitten.

Aus den Organisationen.

Sämtliche Bezirkskomitee der Gewerkschafts- und Arbeitervereine des Berliner Distrikts werden ersucht, zu dem am Donnerstag, den 4. März, abends 7 Uhr, bei Glesche, Rosenbühnenstraße 74, nahe Ringbahnhof Schönhauser Allee, stattfindenden Sitzung pünktlich zu erscheinen.

1. Distrikt. Donnerstag, 4. März, abends 7 Uhr. Zusammenkunft der Bezirkskommissionen und Mandatanten zu den Elternbeiratswahlen bei Böttner, Eisenstraße 66.

15. Distrikt. Donnerstag, 4. März, abends 7 1/2 Uhr. Sitzung sämtlicher Räte- und Gewerkschaftskommissionen bei Borch, Breitenstr. 11. Sämtliche kommunalen Kommissionen um 7 1/2 Uhr bei Braun, Wilhelmshagenstraße 24.

Neukölln. Mittwoch, 7. März, Bezirksversammlungen: 18. Bezirk bei Schmidt, Oberstr. 5, Vortrag über das Betriebsratsgesetz. 19. Bezirk bei Chimonowski, Jägerstr. 3, Vortrag über wirtschaftlichen Aufbau. - Donnerstag, 7. März, Versammlung sämtlicher Funktionäre und Mitglieder der Kommissionen im „Karlsgarten“, Karlsgartenstraße, Vortrag des Genossen Künstler über die politischen Verhältnisse der Gegenwart.

Reinholdstr.-Bez. Mittwoch Fortsetzung der Mitgliederversammlung in der Aula der 5. Gemeindegemeinde. - Die Bearbeitung des Genossen Müller findet heute um 8 Uhr auf dem Gemeindefriedhof statt.

Bereinskalender.

Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände. Donnerstag, den 4. März, abends 6 1/2 Uhr. Bezirksversammlung in den Oranien-Festhallen, Hauptstr. 27. Thema: „Die gleitende Lohnskala.“ Referent: W. Braun, R. d. R. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Ausweis mitbringen.

Deutscher Werkmeister-Verband. Donnerstag, 4. März, abends 6 1/2 Uhr. Bezirksversammlung in den Oranien-Festhallen, Hauptstr. 27. Thema: „Die gleitende Lohnskala.“ Referent: Adolf Braun, R. d. R. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich. Ausweis mitbringen.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am Mittwoch, den 3. März, Fachgruppe 4a (Sektion der Versicherungsnehmer), abends 7 1/2 Uhr. Dresdener Straße 66, Dresdener Casino. - Fachgruppe 9 (Angestellte der Lebensmittelbranche), abends 8 Uhr. Neue Philharmonie, Köpenicker Straße 66/7 (Räumung des Zerkertrages). - Fachgruppe 10, Sektion 11b (Bauhandwerk), abends 7 1/2 Uhr. Schulbeih, Neue Jahrbstr. 24/25. - Fachgruppe 13 (Berufsmenschen der Chemischen Industrie und Großhandel), abends 7 1/2 Uhr. Rosenholzer Hof, Rosenholzer Straße 11/12. - Fachgruppe 14, Sektion 4 (Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen), abends 7 1/2 Uhr. Sauerlands Festhalle, Neue Friedrichstraße 35. - Fachgruppe 15c (Bergmann-Kongress, Berlin und Rosenthal) abends 7 1/2 Uhr. Eisen-Strasser, Köpstr. 2. - Fachgruppe 17, Sektion 11a (Tabakindustrie), Bericht über Tarifverhandlungen, abends 7 1/2 Uhr. Prachtstraße „Mit-Berlin“, Wismarstr. 10.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 4a (Berufsmenschen der Lebensmittelbranche), Sektion der Versicherungsnehmer. Die für Mittwoch festgesetzte Versammlung findet nicht statt. Die Kollegen wollen sich an den am Donnerstag stattfindenden Bezirksversammlungen der Versicherungssektion beteiligen.

Allgemeiner humanistischer Kulturklub. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr im Lehrervereinshaus, Dr. Dörmel Eintritt frei. 1. Kulturkongress: Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr im Germanienklub, Steglitzer Straße 85. Abendkaffe.

Sammlung für die politischen Gefangenen.

18. Quittung. Ruffe 5 M. - 7. Distrikt, 3. Köpstr. Jan Dusch 5 M. - Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Mitgliederversammlung v. 30. 12. 19 27 M. - Kollegen der Fa. S. Boite, Stahlhölzer, Charlottenburg 111 M. - Spedition Schilling 18 M. - Odde, Treptow, Markt. 100 35 M. - Freie Turnerschaft Pichtenberg, 8. Männerabtlg. 50 M. - An Stelle einer Transponde von den Heitern der U. S. P. Gedächtnis. 10 M. - U. S. P. Senig 4 M. - Spedition Vohmann 31.45 M. - Spedition Sinner 22 M. - Zimmerer-Verband, Bezirk 25 83 M. - Kollegen der Fa. Rische, Zimmerstr. 21 durch Schmieda 109 M. - R. R. 15 M. - Brandentzündung des Eisenhandels usw. des Transportarbeiterverbandes 20 M. - Uebertrag von der Weichschleier zum Birkow- und Kinderkronenhaus durch Paul Sims 25 M. - Tellerfassung Gewerkschaftsbaus 11. 1. 20 120.60 M. - Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellte des Kaufhauses R. Israel 80.80 M. - Tollen Febröllin durch Dim 20 M. - Kartell des Knowalls Oberwalde 3. Rote 512.30 M. - Gewerkschaft, Poststr. 48 78 M. - Mitgliederversammlung des Arbeitervereins der U. S. P. D. Weisenfe 201.15 M. - Fa. Gauselber, Poststr. 48 81 M. - Gen. W. Götter, Pichtenberg 20 M. - Lokal Westend 5 M. - Julemann 13.60 M. - Sportverein „Wir kommen zu nichts“ 67 M. - Genossenschaft 17. Wölg. 21 M. - Frau Berner, Steglitz 2 M. - Gen. Jiemah 30 M. - Gen. Grzymek 5 M. - Gen. Blume 23 M. - Frauenleseabend 3. Distrikt 84.80 M. - Frau Schlang 11 M. - U. S. P. Schenkenhof (Bez. Potsdam) 50 M. - Jul. Franke, Schenkenhof (Bez. Potsdam) 20 M. - U. S. P. Friedenau 5 M. - Alara Treiser, Charlottenburg 5 M. - Frauenleseabend, 8. Distrikt 76.30 M. - Hofmann 17 M. - Strechmann 2 M. - Gibbens 3 M. - Samjohett 5 M. - Gany 10 M. - Wulf 30 M. - Brots 5 M. - Fuims bei Biering 11 M. - Sängerverein Wedding, Uebertrag von 1. Weichschleierstag von Wotines in den Germanienklub 427.20 M. - Julemann 22.10 M. - U. S. P. Bezirk Rosenthal Tellerfassung 100 M. - Deutscher Eisenbahnerverband Hauptverhändlung Oberwalde 633.25 M. - Freie Turnerschaft Pichtenberg 2. Abtlg. 5 M. - Arbeiter und Arbeiterinnen der Fa. Seb. Bolser, 3. Rote 20.50 M. - Frau Hoffmann 10 M. - Sammlung in einer Januarversammlung der Postarbeiter vom Postamt Neukölln 30 M. - Deutsche Edison-Akkumulatorenfabrik 900 M. - Aushelfertteilung 2 M. - Uebertrag der Tellerfassung vom 30. 1. 20 und 4. 2. 20 der Kollegen, Kufcher, Schöffner und Verleger der U. S. P. G. 45 M. - Durch Sammlerinnen der Kollegen, Kufcher, Schöffner und Verleger der U. S. P. G., Depot Mühlentstraße, 143 M. - U. S. P. Steglitz, E. Renzig, 222.10 M. - Hansen, Charlottenburg, Berliner Straße 17, 22 M. - Frau Werten, Berlin 10 M. - U. S. P. D. Bismarck durch Uebermann 100 M. - Fa. Schmidt, Berlin, Frankfurter Allee 57 durch Weichert 14 M. - Jul. Sinze, Hausneudorf 69 M. - G. Höbner, Hohensteinhausen 10 M. - Holzarbeiterverband Friedrichshagen 100 M. - U. S. P. D. Johannisthal 100 M. - Schindler, ein Strochbahner 10 M. - Frau Reupert 5 M. - G. Strahlberg 20 M. - R. R. 5 M. - Julemann 22.10 M. - U. S. P. D. Tellerfassung nach dem Vortrag von Karl Schmidt am 13. 2. 20 in Pharusstraße 170 M. - Trenke 5 M. - Kufcher, Schöffner und Verlegerarbeiter der R. O. Depot IV, 4x 134 M. - W. Brende, Titowstr. 2 M. - Tellerfassung von der Funktionärerversammlung der Transportarbeiter am 21. 1. 20 220.50 M. - Conrad 5 M. - Uebertrag Sammelliste Fa. E. Jakob 61 M. - Werkstatt Hermann Hoffmann, Friedrichstr. 54/51, 55.50 M. - Betrag: 5782.01 M. Bereits quittiert: 84019 M. - Im ganzen 59 801.01 M. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ E. G. m. b. H. R. Bubbe.

Bericht für die Redaktion: Alfred Wiegand, Neukölln, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, E. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Lindenbühnen- und Verlagsgenossenschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Berwaltungsbüro: Berlin N 54, Linienstr. 53/55.
Geschäftszeit von norm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Köpen 185, 1299, 1997, 9714.

Freitag, den 5. März 1920, abends 4 1/2 Uhr

Versammlung

aller in der Knopf- und Korsettmaschinenindustrie
beschäftigten Kolleginnen und Kollegen
in der Schulaula, Weinmeisterstraße 16.

Tagesordnung: 1. Vortrag: „Das Betriebsratsgesetz“, Referent: Rudolf Krich. — 2. Stellungnahme zu unserem Vertrag. — 3. Brandversicherungsbeitrag und Reichsversicherungsbeitrag.

Freizeit und Kolleginnen! Wie es der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Zur Beachtung!

Sämtliche Reklamationen vom großen Metallarbeiterstreik aus dem Vorjahre werden nur noch bis 6. März 1920 erledigt.

Spätere Reklamationen bleiben unberücksichtigt. Die Reklamationen werden im Bureau Linienstraße 54-55 (Zimmer 9), in der Zeit von 9 bis 3 1/2 Uhr entgegengenommen.

Die Streikfreier aus dem betr. Streik werden ersucht, in derselben Zeit die endgültige Abrechnung im Bureau vorzunehmen. Ebenfalls in das noch im Besitz befindliche Streikmaterial und die nicht abgeholtten Mitgliedsbücher im Bureau (Zimmer 9) abzugeben.

Die Ortsverwaltung.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer

Vertrauensmänner-Versammlung

am Freitag, den 5. März 1920, abends 6 Uhr, in Mittels Schützen, Golenitzstr. 14/15.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlungen des Tarifanschlusses.

* Zutritt nur gegen Begleitungskarte haben Vertrauensmänner, Vertrauensstellen und Gewerkschaftsmitglieder. Der Gewerkschaft.

Alte Gebisse

Kein gewöhnl. Platinzahn unt. M. 22.—
Platin höchsten Tagespreis

Besser verarb. Zähne, Brannstoffe nur nach Gewicht.
Ankauf: Berlin W., Krausenstr. 56/58, Zimmer 1 pl. r.
Täglich 10 bis 6 Uhr. VOGLER, Berlin.

Die Zahneinkaufsstelle

Charlottenburg, Fritschestr. 46, v. II, an der Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)
kauft täglich von 9-1 und 2-6 Uhr zu höchsten Preisen
alte Gebisse.
Pro Zahn nicht unter 15-20 M. Stützähne bis 200 M. Knochentähne die Hälfte. — Brandmaterial-Stütze nach Gewicht (Gramm 200 Mark).

Zahngebisse bis 4000 Mark,

auch zerbrochener Zahn nicht un. er 20 bis 100 Mk.
kauft täglich von 10 bis 6 Uhr
Deutscher Hof, Luckauer Straße 18, links part. (Am Moritzplatz)

Alte Gebisse

auch zerbrochene, bis 3000 M.
Einzelne Platinstiftzähne von 21.25 bis 200 M.
doch nicht unter 21.25 M. pro Zahn.

PLATIN-

Brandstoffe, Kontakte usw. bis 320 M. pro Gramm.
Gold- u. Silbergeräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen täglich von 9 bis 8 Uhr

J. Herz, Fehrbelliner Str. 52

Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6-8 Uhr abends.

Alte Zahngebisse

pro Zahn 15.— bis 18.—

Platin, Brennpitzen, Kontakte, Tiegell usw.

Goldbruch + Silberbruch

kauft zu höchsten Tagespreisen

A. Unger

Alte Schönhauser Str. 14-15, Uhren-Laden

Zahngebisse, Kein Zahn unter 20 Mark.

Streng reell
kauft täglich von 9 bis 7 Uhr
Gildener, Reichenberger Str. 75-76,
parterre rechts, (Görlitzer Bahnhof)

„Plasigo-Ankauf“

zahlt horrend Preise für
Platin, Silberbruch, Goldbruch
Lutherstraße 21.

Nur kein Neid!

Kupfer b. 25 50, Messing 15.00
Reinzinn 80.00, Blei 10.00
Alt. Zinn geschirre, Bierschlangen
Quecksilber
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17
neben Wertheim (Moritzplatz)
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Altes Zinngeschirre

per Kilo 65.— Mark.
Reinzinn per Kilo 80.— Mark
kauft
Produktenhandlung Naunynstr. 58.

Metallschmelze

Kottbuser Tor
Adalbertstrasse 4, Hof links
zahlt die höchsten Tagespreise.

Metalleinkaufsstelle

Neukölln, Schillerpromenade 23
zahlt die höchsten Tagespreise

Metall-Ankaufsstelle

Stallschreiber - Str. 50/51
zahlt für
Quecksilber 145.— M.
Kupfer 22.— „
Messing 12.— „
Blei 8.— „
Zink 7.— „
Geöffnet von 9-6 Uhr

Altmittel

Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den
höchsten Tagespreisen
Schlosserei NIEMANN
Stallschreiberstrasse 55
Am Moritzplatz. Auf Hausnummer achten.

An Alle!!!

Kupferleitungen, Elektromotoren
Kupferleitungen, Spulendraht,
Kupferblech, sowie sämtliche
Installationsmaterialien
kauft zu höchsten Tagespreisen
A. Meigners, Alexandersir. 30.
Telefon: Alexander 2174

Warnung! Bruchsilber!

Verkaufen Sie Ihr Bruchgold und Silber sowie
Platin, Zahngebisse nicht,
bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestr. 30
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.

Metalle bedeutende Preisermäßigung!

Platin-Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark.
Goldbruch und Silberbruch! Kupfer! Silber!
Quecksilber! Aluminium! Zinn!
Stanzpapier! Zink! Blei! Flaschenkapfeln!
Schreibzettel, Glasstrangplättchen M. 100.— alle
Metalle höchstzahlend

Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31
Alex. 643.

KUPFER

22.00 Mark

MESSING

12.00 Mark

Blei 8.00, Zink 7.00,
Gold-, Silber-Medallien
und andere Metalle sowie
alte Gebisse kauft

2 Ankaufsstellen

Gottheim, Mariannenstr. 12
und Schmidstr. 17a gegenüber Schützenstraße

Mitglied des Vereins d. Altmittelhändler Groß-Berlin.

Sie haben einen Vogel

abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Altmetalle
nur an mich verkaufen.
Zahle stets höchste Tagespreise.

Eisen- u. Metallgroßhandl. Willy Seydlitz

Hauptgeschäft:
Neukölln, Libardstr. 4. Telefon: 9406.

Nur im engros.
Detailankaufsstellen:
Hermannstr. 4, Böhmische Str. 16 (n. Richardpl.),
Berlitz, Schönhauser Allee 151. — Pöcklerstr. 23.

Größere Posten werden abgeholt.
Post- u. Bahnansendungen werden prompt erledigt.
Wahlfrei des Vereins der Altmittelhändler Groß-Berlin.

Messing 12.— Blei 8.— Zink 7.—
Kupfer 22.— Rotguss

zahlt per kg
Franz Stingl, Mechaniker,
Alte Jakobsraße 69, Ouergeb. I r.
Größere Posten werden auf Wunsch abgeholt.

Metallankauf.

Zahle die höchsten Tagespreise für alle Arten Altmittel.
Richard Georke, Neukölln, Prinz-Händlery-Str. 39.
Mitglied des Vereins der Altmittelhändler Groß-Berlin.

Metallankaufsstelle Osten

Andreasstr. 33. — vis-a-vis der Markthalle —
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Achtung! Ankauf!

Kupfer 25.— Messing 15.— pro kg
Zink 8.— Blei 9.50
sowie Zinn, Aluminium
zahle die höchsten Konkurrenzpreise, jeder überzeuge sich
1 Oderberger Str. 1 im Hof
(an der Schönhauser Allee)

Metallschmelze

Mariannenstr. 24,
an der Kottbuser Brücke zahlt wie allbekannt die
höchsten Tagespreise.
Telephon: Moritzplatz 10658.
Sendungen von Außerhalb werden prompt erledigt.

Fahrrad-Motor

für Charlottenburg, 120 Volt Drehstrom, ca. 4 PS
dringend gesucht
Off. unter E. 37 an die Expedition der „Freiheit“

Zähne naturgetreu

gegen Bar und Teilzahlung
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, far-
bige Küchen, einzelne Möbelstücke
Größe Rückstuhl! Gekaufte Möbel
können kostenlos lagern.
M. Landwehr Müllerstr. 7, I.
Erdl an Köpenickplatz

Kreuzenlohn nehme in Zahlung.

MÖBEL

gegen Bar und Teilzahlung
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.
Wohnzimmer, Schlafzimmer, far-
bige Küchen, einzelne Möbelstücke
Größe Rückstuhl! Gekaufte Möbel
können kostenlos lagern.
M. Landwehr Müllerstr. 7, I.
Erdl an Köpenickplatz

Schafwolle

40 bis 50 M. pro kg
Rinderhaute bis 600 M. Ziegenfelle 100
bis 175 M., Rothhaar 30 bis 40 M., Matratzen-
haar 10 M., Strumpfwolle 24 M., Kaninchen-
felle bis 15 M., Kupfer 25 M., Messing 15 M.,
Blei 9 M., Gummi und Sacke kauft
Produktenlager Dorn, Münzstr. 8
Von Freitag 8h bis Sonnabend 7 Uhr geschlossen.

„Bosch“

Magnete und Kerzen,
kauft laufend
Karl Malinowski
Platzburger Straße 19
Karlstr. 2532

Kupfer 22.—

Messing .. 12.—

Blei 8.—

Zink 7.—

Quecksilber . 150.—

Metalleinkauf

Schulzendorfer Str. 2
Winkel d. Moritzplatz - Stadlerhof-Berlin.

„Bosch“

Magnete und Kerzen,
kauft laufend
Karl Malinowski
Platzburger Straße 19
Karlstr. 2532

Kupferleitungen,

Litzen, Kabel,
Dynamo- u. Klinker-
drähte kauft höchst-
zahl. Ekkehardstr. 31,
Görlitzer Str. 23, Alex. 1943

Magnete, Vergaser

auch Teile sowie Kerzen
kauft jeden Posten
F. Judis
Neukölln, Zietenstraße 18

Leim, Schellack

kauft höchstzahlend Auer,
Neukölln, Kottb.-Fried-Str. 21, III

Elektrische Lei-

tungsdrähte,
Kabel, Litzen,
Spulen, Dynamod-
drähte u. Motoren
kauft
Borgwardt,
Pryorstraße 64,
Moritzplatz 2363

Kupferleitungen,
Motore, Dynamodräh
kauft zu höchsten Preisen
Elektrobureau Langestr. 27,
i. T. 2000, Alexander 2000

Kupfer

Messing
Zinn
Sämtl. Metalle

Quecksilber

Platin
Gold,
Silber-
Abfälle

Zahngebisse
kauft zu riesig
hohen Preisen

in unseren
6 Einkaufsstellen

Metall-Zentrale

1. Brunnenstr. 11
am Rosenhafer Platz

2. Fennstraße 48
am Weddingplatz

3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße

4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schönhauser Str.
am Anhalter Bahnhof

5. Neukölln
Kaiser-Friedrich-Str. 229
nahe Hermannplatz

6. Weidenweg 72
am Baltenplatz

Reelles

Wir kaufen
KUPFER

Blei, Zink
MESSING

Stanzblei
Zinnlötl

Quecksilber

Aluminium
Celluloid

Metallabfälle

Metalle, Blei, Zinn
u. Silbertrag

PETERS
Prenzl. Str. 24

MÖBUS
Waldstraße 3

G. ERMEL
Luisen-Str. 11

DEGENER
Schöneberg
Bahnhofstr. 46

H. A. HASE
Skalitz. Str. 95a
Ecke Luisen-Platz

Gewicht

Platin höchste

Preise

Zahngebisse

nicht unter 21.50
bis 3000 Mark

Gold-, Silber-
u. Schmucksachen

Gebrauchsgegen-
stände sow. Bruch

Pilz,
Alte Schönhauser
Strasse 19, II.

Geschäftszeit von
9-5 Uhr

Kupfer kg bis M. 25.50
Messing " " 15.00
Blei " " 10.00
Zink " " 8.50
Rotguss " " 23.50

kauft zogen Kasse

Tasche,
Belle-Alliance-Strasse 58,
Lauenbeckstraße 4, Ecke
Eilbingerstraße und
Wilhelmsstr., Berghardt, 15 a

Quecksilber

Kupfer
Messing
Blei
Zink
Metallankauf
Neue Königstraße 59
Am Alexanderplatz
Größ. Posten werden abgeholt

Goldbruch

Silberbruch

Kupfer

Messing

Blei

Zink

Zinn

kauft zu höchsten
Tagespreisen

Silberzentrale

Gotzkowskystr. 19

Geöffnet von 9-6 Uhr

Kaufe jede Art

Altmittel
zu den höchsten Preisen

Kupfer . . 24.—
Messing . 13.50
Blei . . . 9.—
Zink 7.50 bis 8.—
usw.

Bei Anruf: Mitzpl. 447.
Abholung gratis
Zimmermann,
Alte Jakobstraße 76.

Quecksilber

Kupfer
Messing
Blei
Zink

Metallankauf
Neue Jakobstraße 20
Kommandantenstr. 77-78
Fernruf: Zentrum 4700
Größ. Posten werden abgeholt

Quecksilber

Kupfer
Messing
Blei
Zink

Metallankauf
Tempelhofer Ufer 16a pt.
(Halleisches Tor), Karlstr. 170
Größere Posten werden abgeholt

Metallhandlung

Wallnerthorstr. 3
Zahlt f. Kupfer 25.—
Messing 15.—
Blei, Zink wie sämtliche
Metalle zu Tagespreisen

Mitglied des

Kupfer 25.— M.
Messing 15.— „
Blei 11.— „
Zink 7.50 „

H. Samuelsohn
BERLIN SO 26
Naunynstraße 58
am Oranienbrücke

Metalle.

Streng reelle Bedingungen
Kupfer . . 25.— Mk.
Messing . 15.— „
Blei . . . 10.— „
Zink . . . 8.— „
Größere Posten werden
abgeholt

Waßmannstr. 22

Kupfer 22.—
Messing 12.—
Blei 8.—
Zink 7.—
Zinn bis 70.—
Lagermetall bis 30.—
per kg

Driesener Str. 24
Ecke Schivelbeiner Str. Laden
Mitglied des Vereins der Al-
metall-Händler Groß-Berlin

Kupfer kg bis 25.00
Messing kg bis 14.50
Zink . . . kg bis 8.00
Blei . . . kg bis 9.50
Rotguss kg bis 23.00
Stolpecher Straße 39
Eckl

Kupfer 26.—
Messing . . . 15.—
Aluminium . . 10.—
Quecksilber . . 150.—
Blei . . . 8.—
Reinzinn . . . bis 80.—
zahlt G. u. u.
Lothring. Str. 89/90 (Laden)

Maschinen - Gußbruch
bis 140.— M.
Alt-Eisen
und alle anderen Metalle
entsprechende Preisen.

Kupfer 24.—
kauft ständig
Kamrath, O. W.
Crosener Straße 25-27
Farnhof K. 12